

## **Protokoll der Gemeindeversammlung**

3. Sitzung vom 17. September 2014 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Felix Bossel, Jürg Bühler, Heidi Frei, Christine Frey, Lukas Lauper, Giorgio Lüthi, René Nusch  Stefan Friedli, Geschäftsleiter Gemeindeverwaltung
<u>Entschuldigt:</u>	Bauverwalter, Gilbert Davet Gemeindekommission: Sandra Guex Eberhard Drews, Verena Drews-Anneler, Adil Koller, Ursula Berset
<u>Vorsitz:</u>	Giorgio Lüthi, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Heidi Frei, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Monique Gehriger
<u>Stimmzähler:</u>	Stefan Haydn, Raffaello Masciadri, Urs Gerber, Peter Tobler
<u>Dauer der Sitzung:</u>	19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

---

### **Traktanden**

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2014
  2. Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) Ausfinanzierung Besitzstand und Genehmigung Vorsorgeplan
  3. Antrag gemäss § 68 GemG von Daniel Altermatt im Namen der Grünliberalen Partei (glp) Münchenstein betreffend Ausdehnung des Geltungsbereichs Parkierreglement
  4. Antrag gemäss § 68 GemG von Arnold Amacher betreffend Schaffung einer Parkierzone Dorf
  5. Antrag gemäss § 68 GemG von Paul Messmer und Hans Schenker im Namen des Komitee PRO Münchenstein betreffend Wiederaufnahme der Buslinie 58 / Erheblicherklärung
  6. Verschiedenes
    - Präsentation des Gemeinderats über das Projekt „Geografisches Informationssystem Münchenstein (GIS)“
- 

Gemeindepräsident G. Lüthi begrüsst gegen 257 Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Medienschaffenden zur heutigen Gemeindeversammlung. Die Medien sind wie folgt vertreten: Basler Zeitung: Tanja Bangerter und Basellandschaftliche Zeitung & Wochenblatt: Lukas Hausendorf. G. Lüthi gibt die Entschuldigungen bekannt und informiert, dass Jeanne Locher, Miriam Locher und Yvette Harder später eintreffen. Nichtstimmberechtigte müssen im abgetrennten Bereich im Saal Platz nehmen. Als Stimmzähler wurden Stefan Haydn, Raffaello Masciadri, Urs Gerber und Peter Tobler bestimmt.

Die Einladungen wurden ordnungsgemäss und rechtzeitig versandt und im amtlichen Anzeiger veröffentlicht. G. Lüthi gibt die weiteren Regeln für den Ablauf der Gemeindeversammlung bekannt. Die Rednerliste wird von Vizepräsidentin Heidi Frei geführt.

### **Traktandum 1**

#### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2014**

://: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2014 wird einstimmig genehmigt.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Gibt es einen Wunsch zur Abänderung der Reihenfolge der Traktanden?

Willy Müller stellt den Antrag, Traktandum 5 als Traktandum 2 vorzuziehen. Ich möchte nicht, dass das Wichtigste immer am Schluss kommt. Das ist fast jedes Mal so. Es ist dann so spät, dass verschiedene Leute nach Hause gehen. Darum stelle ich den Antrag, das Traktandum 5 als Traktandum 2 vorgezogen wird.

://: Die Traktanden werden mit deutlichem Mehr wie folgt genehmigt:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2014
2. Antrag gemäss § 68 GemG von Paul Messmer und Hans Schenker im Namen des Komitee PRO Münchenstein betreffend Wiederaufnahme der Buslinie 58 / Erheblicherklärung
3. Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) Ausfinanzierung Besitzstand und Genehmigung Vorsorgeplan
4. Antrag gemäss § 68 GemG von Daniel Altermatt im Namen der Grünliberalen Partei (glp) Münchenstein betreffend Ausdehnung des Geltungsbereichs Parkierreglement
5. Antrag gemäss § 68 GemG von Arnold Amacher betreffend Schaffung einer Parkierzone Dorf
6. Verschiedenes
  - Präsentation des Gemeinderats über das Projekt „Geografisches Informationssystem Münchenstein (GIS)“

## **Traktandum 2**

### **Antrag gemäss § 68 GemG von Paul Messmer und Hans Schenker im Namen des Komitee PRO Münchenstein betreffend Wiederaufnahme der Buslinie 58 / Erheblicherklärung**

Gemeinderat L. Lauper erläutert die Vorlage. Vor neun Monaten, am 9. Dezember 2013 ist im Rahmen der Budgetgemeindeversammlung ein zusätzlicher Budgetbetrag für den Bus 58 abgelehnt worden. Der Gemeinderat beantragt Ihnen deshalb, den Antrag zur Wiedereinführung des Buses 58 nicht erheblich zu erklären. Der neue Vorschlag sieht eine Linienführung Schlossmatt – Bahnhof – Gartenstadt – Bruderholzspital vor. Um einen Stundentakt fahren zu können, ist ein Chauffeur mit einem Fahrzeug nötig. Die Referenzvariante des Gemeinderates aus dem letzten Jahr sah einen Kleinbus Schlossmatt - Bahnhof – Gartenstadt – Hirslanden Klinik vor. Dazu braucht es für einen ½ Stundentakt einen Chauffeur mit einem Kleinbus. Die Kosten sind also etwa dieselben (wir sprechen von etwa Fr. 300'000.—). Aber der Nutzen für die Fahrgäste ist bei einem Stundentakt viel geringer und die Wartezeiten sehr lange. Ich bitte sie deshalb, auch im Namen des ganzen Gemeinderates, den Antrag zur Wiedereinführung des Buses 58 nicht erheblich zu erklären.

Andreas Knörzer, Vizepräsident der Gemeindekommission: Die Diskussion der Gemeindekommission ist in etwa wie folgt abgelaufen. Wir haben zuerst einmal im Wesentlichen darauf verzichtet, im Vorfeld von der Sitzung nochmals die ganzen Pro- und Kontra-Argumente zum Bus aufzuzählen. Ich glaube, diese wurden in den letzten Monaten und Quartalen relativ umfangreich diskutiert. Wir haben den Antrag auch kurz in Verbindung mit der Diskussion in der Abstimmung um den Einwohnerrat angesprochen, diskutiert und es wahrscheinlich im Durchschnitt eher als negativ gewertet. Die grosse Mehrheit der Gemeindekommission teilt die Meinung, dass der Bus keine Chance haben wird, im Leistungsauftrag des Kantons aufgenommen zu werden. Da nützt es auch nichts, einfach noch schnell zu sagen, er fahre ein wenig zum Bruderholz hinauf. Wir haben natürlich auch festgestellt, was L. Lauper gesagt hat, dass wenn man die Kosten genau anschaut und einen richtigen Service möchte, dass es wahrscheinlich deutlich teurer wird, als der bereits abgelehnte Budgetantrag der von der SP kam. Wir haben auch über die Alternativen diskutiert. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die Aufnahme von einer gemeinsamen Dienstleistung zwischen dem Alters- und Pflegeheim Hofmatt und dem Senioren Fahrdienst unterstützt. Es wurde von uns als positiv bewertet, dass wenn man einen Bus hat, dieser nicht einfach ein „Stehzeug“ ist, sondern ein Fahrzeug und entsprechend auch genutzt werden kann. Der Gemeinderat hat uns versichert, dass man diesem Test entsprechend Zeit einräumen möchte und schauen möchte, wie sich dieser entwickelt. Man ist auch bereit, weitere allenfalls flexible Lösungen anzustreben. Dies war das umstrittenste Traktandum der Gemeindekommissionssitzung. Nach einer doch relativ langen Diskussion hat die Gemeindekommission unter Würdigung all dieser

Beiträge dem Antrag des Gemeinderates auf nicht Erheblicherklärung mit 7 Stimmen, 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt. Somit können sie auch feststellen, dass zwei Personen für die Gemeindegemeinschaftssitzung entschuldigt waren.

://: Eintreten wird nicht bestritten.

Paul Messmer: Ich muss einmal zuerst feststellen, dass das heutige Geschäft im Ratschlag Fehler enthält. Wir haben den Antrag natürlich schriftlich eingereicht. Wir haben nie einfach das Gesuch gestellt, die Buslinie 58 wieder einzuführen, sondern wir haben eine ganze Reihe zusätzliche Anträge gestellt. Im Antrag 1 wird kein grosser Bus sondern ein behindertengerechter Kleinbus beantragt. Dann haben wir mehrere Haltestellen genannt, die man für die bessere Erschliessung prüfen sollte. Wir wollten damit belegen, dass man auch mit einem Stundentakt leben kann, weil die Erschliessung dann gewährleistet wäre. Alle Zusatzanträge, die wir mit der Bemerkung, man müsste alle prüfen und gegeneinander abwägen, gestellt haben, sind nicht im heutigen Geschäft erwähnt, sondern es wird immer von der Buslinie 58 geredet. Auf meine Anfrage wann das Geschäft behandelt wird, haben wir vom Gemeinderat am 3. Juli 2014 einen Brief erhalten. In diesem Brief hat uns der Gemeinderat folgendes mitgeteilt: Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir die Verwaltung damit beauftragt haben zu prüfen, ob Ihre Eingabe der Rechtsnatur eines Antrages nach § 68 entspricht. Falls es sich dabei um einen Antrag nach § 68 Gemeindegesetz handeln sollte, wird das entsprechende Sachgeschäft an der Gemeindeversammlung vom 8. Dezember 2014 traktandiert. Sie haben richtig gehört, 8. Dezember 2014. Als ich das gelesen habe, habe ich natürlich zuerst einmal das Gemeindegesetz konsultiert und gesehen, dass wenn man einen Antrag nach § 68 eingereicht hat, dann muss man nicht mehr über das Eintreten abstimmen, wenn man es mehr als sechs Monate später vorlegt. Man muss dann eine Vorlage mit konkreten Fakten vorlegen. Um dies abzuklären und sicher zu sein, war ich noch beim Kanton (Fachmann: Herr Schwörer), welcher mir dies bestätigt hat und dies ebenfalls der Gemeinde mitgeteilt hat. Deshalb bin ich ein wenig überrascht, dass in der Einladung die Nichterheblicherklärung des Antrages steht, ohne dass die Details, die vorhanden sind, überhaupt diskutiert wurden. Sie wissen, dass ich lange bei der BLT tätig war und daher etwas davon verstehe. Der Gemeinderat hat dies aber ganz offensichtlich im kleinsten Kreis behandelt. Nennen wir es noch behandelt. Ich stelle fest, dass wir die Erheblichkeit heute gutheissen sollen, damit wir in ein paar Monaten wirklich eine Vorlage erhalten, die unseren Anträgen entspricht, mit Kosten, die wir bezahlen können. Wenn jetzt hier einfach von L. Luper locker behauptet wird, die Kantonsleistungen an die Ortsbuslinie würden wir nicht erhalten, muss ich ihnen sagen, dass an der gleichen Landratsitzung, an der unser Ortsbus gestrichen wurde, eine andere Ortsbuslinien (z. B. die in Pratteln) neu bewilligt wurde. Dies ist auch ein Teil unseres Antrages, dass wir möglichst schnell beim Kanton Druck ausüben müssen, dass die Ortsbuslinie wieder in das kantonale Geschäft gelangt und der Kanton einen Teil übernimmt. Wir zahlen schliesslich genügend Gelder an den Kanton und auch genügend Ausgleichsleistungen. Ich empfehle ihnen dringend, heute den Antrag erheblich zu erklären, damit wir in einer späteren Sitzung wirkliche Fakten überkommen und nicht Schätzungen. Dies sind Schätzungen, die ich gehört habe, bei denen ich als Fachmann nur darüber schmunzeln kann. Denn ich habe die Untersuchungen und die Berichte im Detail gesehen, aber nicht die von der Gemeinde sondern die von der BLT und der Firma Rapp. Also erklären sie diesen Antrag als erheblich.

Simone Blatter: Traktandum 3 wäre für mich auch interessant nach vorne zu schieben, aber belassen wir es so und diskutieren weiter über das Thema Erheblichkeit.

Werner Hohler: Es heisst hier, man soll den Antrag als nicht erheblich erklären. Es hat hier drinnen nicht so viele Juristen, daher bitte ich sie, vor der Abstimmung zu erläutern, was man abstimmen muss, wenn man für den Bus ist.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Das getraue ich mich jetzt auch als nicht Jurist zu beantworten. Nicht erheblich oder erheblich ist ein Fachterminus. Nicht erheblich bedeutet, auf Ehrenwort gesprochen, wenn sie den Bus nicht wollen. Wenn sie nicht erheblich abstimmen, ersparen sie dem Gemeinderat viel Arbeit. Dann muss der Gemeinderat keine Vorlage ausarbeiten. Wenn sie den Antrag als erheblich erklären, wird der Gemeinderat, wie Paul Messmer erwähnt hat, auf den 8. Dezember 2014 eine Vorlage mit allen Vor- und Nachteilen präsentieren.

Sergio Viva: Es geht dieses Mal nicht um den Einwohnerrat bzw. die Gemeindeversammlung, sondern um den Bus. Ich finde es eigentlich fast eine Frechheit, dass man Flyer verteilt, die die beiden Dinge vermischen. Es heisst noch lange nicht, dass wenn man für den Bus ist, auch für den Einwohnerrat bzw. die Gemeindeversammlung ist. Dies ist etwas, was ich nicht unbedingt als fair empfinde. Auf der anderen Seite muss ich sagen, wenn die vielen Leute, die jetzt gerade

hierhergekommen sind, um sich für den Bus einzusetzen, den Bus benutzt hätten, wären wir nicht hier und würden über die Erheblichkeitserklärung entscheiden. Das heisst, wenn es sie wirklich interessiert, wenn sie diesen Bus wirklich wollen, dann müssen sie diesen auch wirklich benutzen und nicht nur so tun.

Daniel Altermatt: Ich möchte nur ganz schnell zwei, drei Sachen klar stellen. Paul Messmer hat gesagt, sein Antrag stehe nicht in der Vorlage. Das stimmt nicht so ganz. Er geht über ca. 25 Zeilen, er ist also wörtlich darin enthalten und zwar mit sämtlichen Details inklusive dem Nachdruck, beim Kanton dafür sorgen, dass der Kanton Gelder spricht. Zur Geschichte mit dem Erheblich und Nichterheblich erklären, für diejenigen, die es nicht kennen. Wenn ein Antrag eingereicht wird, hat der Gemeinderat zwei Möglichkeiten. Er kann, wenn er den Antrag als gut empfindet, entweder direkt eine Vorlage erarbeiten oder wenn er den Antrag als nicht gut empfindet, sagen, er möchte zuerst, dass ihm die Gemeindeversammlung den Auftrag erteilt. Dies ist heute der Fall. Also hat sich der Gemeinderat entschieden, sich zuerst von der Gemeindeversammlung den Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, erteilen zu lassen. Dies ist absolut im Rahmen des Üblichen und dass muss innerhalb von zwei Gemeindeversammlungsterminen durchgeführt werden. Dann noch zur Frage, ob der Kanton einen solchen Bus finanzieren würde. Die Geschichte mit dem Bus in Pratteln kommt immer wieder. Dies ist aber eine ganz andere Geschichte. Der Bus in Pratteln hatte erstens einmal eine Auslastung, die ungefähr viermal so hoch war als die Auslastung vom 58er Bus. Zweitens ist dieser von regionaler Bedeutung. Das heisst, er verknüpft zwei ÖV-Linien miteinander, die normalerweise nicht miteinander verknüpft wären. Das ist jetzt eine völlig andere Geschichte. Der Kanton hat da gefunden, es sei ein Teil seiner regionalen Linienführung, das in den Leistungsauftrag der BLT gehört. Der 58er Bus hat eigentlich nichts miteinander verknüpft, was nicht anderweitig auch bereits verknüpft wäre und hatte eine Auslastung von 17 %. Bekanntlich kommen der 10er und 11er im Dreispitz zusammen. Damit der Leistungsauftrag in dicht besiedeltem Gebiet erteilt wird, muss die Auslastung ca. bei 50 % liegen. Also waren wir himmelweit von einem Grund davon entfernt, dass der Kanton auch nur einen Rappen in diesen Bus stecken würde. Wir werden mit dem neuen Bus, der nur in einem Studenttakt anstatt von einem ½-Studenttakt fährt, garantiert keine Beiträge erhalten. Wenn überhaupt würde es frühestens im 2018 möglich sein, weil der Leistungsauftrag bis 2017 beschlossen ist und sich bis dahin nichts mehr ändern wird. Über die nächsten drei Jahre müssen wir nicht einmal eine Sekunde darüber nachdenken, ob der Kanton einen Rappen reinstecken möchte. Dies einfach noch zum Bedenken. Dann müssen sie einfach wissen, auch wenn es nur Fr. 300'000.— sind, der Bus fährt 300 Tage im Jahr, was Fr. 1'000.— am Tag ergibt. Da muss man ziemlich viel fahren, um dies abdecken zu können.

Dominic Degen: Ich möchte Ihnen nur kurz erklären, wieso wir (FDP) mit einer Enthaltung beschlossen haben, sie heute Abend zu bitten, diesen Antrag für nichterheblich zu erklären. Es wurde nun bereits schon ein paar Mal erwähnt, dass sich dieser Bus nicht lohnen würde. Es waren jetzt Fr. 300'000.— im Umlauf. Dies ist eine Zahl, die sich die Gemeinde mit der Finanzlage, wie sie sich bei uns darstellt, nicht leisten kann. Es wurde ebenfalls von D. Altermatt gesagt, dass die nächsten drei Jahre sowieso nichts am Leistungsauftrag geändert werden kann, da dieser beschlossen ist, was ich als sehr guten Punkt empfinde. Der Leistungsauftrag wird erst wieder für das Jahr 2018 und folgende verhandelt. Wir würden vorschlagen, dass man dann dort ansetzt und dies vielleicht im Vorfeld der kommenden Verhandlungen auch über unsere Landräte versucht. Vielleicht funktioniert die Zusammenarbeit ausnahmsweise einmal zwischen der Gemeinde und den Landräten. Versucht dort hineinzukommen und den Bus zumindest teilweise über den Kanton finanzieren zu lassen. Aber für den Moment liegt es unserer Meinung nach nicht drinnen.

Werner Steimer: Ich bin seit 15 Jahren in Münchenstein. Am Anfang hat es mir sehr gut gefallen. Dann hat verschiedenes abgegeben. Dies führt jedoch zu weit, um alles aufzuzählen. Als sie den Bus weggenommen haben, hat dies das Fass zum Überlaufen gebracht. Nun ist ein hin und her. Führt den Bus wieder ein, dann ist alles wieder in Ordnung. Der Bus, der jetzt parallel mit dem Tram nach Dornach fährt, ist fast immer leer. Da sagt keiner etwas. Die anderen Dinge möchte ich gar nicht erwähnen. Es ist auf jeden Fall eine Schande, dass der Bus gestrichen wurde. Diejenigen, die verantwortlich sind dafür, haben sicher ein Auto. Denen ist es bestimmt egal. Wir müssen laufen oder einen Umweg in Kauf nehmen. Ich habe gesprochen.

Willy Müller: Ich empfehle ihnen den Antrag aus folgenden Gründen anzunehmen. Ich habe nun nur einen älteren Herrn reden hören, die anderen sind jünger. Ich bin nicht mehr der Jüngste und gehe immer wieder einmal den Berg hinauf. Ich kann ihnen aber sagen, es hängt an, wenn man 80 oder älter ist. Ich habe jetzt von der MFK den Brief für die ärztliche Kontrolle erhalten. Ich kann nicht zu einem Hausarzt, sondern muss zu einem Vertrauensarzt. Da möchte ich schon sagen,

wenn es ältere Leute hat, die keine Fahrbewilligung haben bzw. bekommen und das Auto abgeben müssen, muss man sich schon fragen, wenn sie einkaufen wollen, wie sie runter und wieder nach Hause kommen. Darum erkläre ich ihnen, dass sie den Antrag annehmen sollen. Wir können im Dezember, wenn es ausgearbeitet ist, immer noch ja oder nein dazu sagen. Aber wir wollen einmal sehen, was der Gemeinderat hinbekommt.

Markus Blum: Münchenstein ist geografisch gesehen eine zweigeteilte Gemeinde. Ich würde es darum auch als sinnvoll betrachten, einen solchen Bus einzuführen, um die beiden Bereiche (T18) miteinander zu verbinden. Unter anderem würde es mich betreffend dem Friedhofbus auch wundern, wieviel dieser kostet. Ich glaube, dieser fährt immer nur einmal pro Woche zum Friedhof. Hätten man den 58er Bus, könnte man den Friedhofbus einsparen, weil der Friedhof damit erschlossen wäre.

Pia Bürgin: Ich möchte hier auch die ältere Generation vertreten. Ich sehe hier drinnen sehr viele weisse Häupter. Diese wären alle grauhaft enttäuscht, wenn wir uns gegen diesen Bus richten würden. Die Leute im Altersheim können selber diesen Bus nicht mehr benutzen, aber sie haben ein Umfeld (Bekannte, Verwandte), das sie gerne besuchen würde, welches ebenfalls älter ist. Sie können auch nicht mehr den Weg von den Tramhaltestellen her bewältigen. Das Gleiche gilt für die Leute, die in der Loogstrasse in den Alterswohnungen wohnen. Diese haben noch einen Haushalt, gehen einkaufen, zur Bank und zur Post. Sie sind auch auf den Bus angewiesen. Noch etwas zur Finanzierung. Mich hat der Brief saumässig geärgert, der in der Gemeinde in Umlauf gebracht wurde. Es wird darum geworben, gegen den Einwohnerrat zu stimmen, dann müsse man die Finanzen nicht ausgeben und der Bus wäre dann damit finanziert. Man kann nicht zwei Sachen, die nichts miteinander zu tun haben, miteinander vermischen. Ich habe in Bezug auf den Einwohnerrat studiert, wie man zu Finanzen kommen könnte. Politik ist ein Hobby wie jedes andere. Wenn man gerne singt, geht man in ein Gesangsverein bzw. Chor. Bewegt man sich gerne, geht man in den Turnverein. Spielt man gerne Fussball, geht man in den Fussballclub. Aber all den Vereinen muss man einen Jahresbeitrag bezahlen, damit man überhaupt mitmachen darf. Soweit möchte ich also nicht gehen, dass die zukünftigen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte noch zahlen müssen, damit sie mitmachen dürfen. Aber sie könnten etwas anderes. Seit Jahrzehnten arbeitet der Stiftungsrat für das Altersheim Hofmatt ehrenamtlich ohne jegliche Vergütung. Vielleicht wäre dies auch eine Möglichkeit für unseren zukünftigen Einwohnerrat. Mein Wunsch für heute Abend ist ein ja für den Bus aber auch ein ja an der Urne für den Einwohnerrat.

André Schenker: Ich möchte zu diesem Thema auch noch eine klare Meinung abgeben. Für wen ist dieser Bus eigentlich gedacht? Wer sind die Benutzer? Es sind aus meiner Sicht vor allem Ältere und in der Beweglichkeit eingeschränkte Leute. Ich glaube, sie werden mir hiermit grundsätzlich zustimmen. Die Buslinie stellt eine Querverbindung. Was für unsere Gemeinde, die auf beiden Seiten der Birs grosse Flächen hat, wichtig ist. Wenn diese ganze Sache erheblich erklärt wird, möchte ich einen Antrag stellen. Wenn sie für den Bus sind und dies für erheblich erklären, möchte ich anschliessend gleich einen Antrag formulieren. Damit dies erheblich erklärt wird, müssen sie den Antrag des Gemeinderates ablehnen. Mein Antrag wäre, dass man bei den Untersuchungen der Vorlage, verschiedene Varianten untersucht. Dass eine Betriebszeit von 8.00 bis 18.00 Uhr sowie eine Betriebszeit von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 17.30 Uhr überprüft wird. Es geht nicht darum, dass ein Bus von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends fährt. Die Variante eines Zweijahrestestbetriebs soll ebenfalls untersucht werden. Ich bitte den Gemeinderat, bei Erheblicherklärung des Antrages, eine aufgefächerte Variantendarstellung mit plausiblen Argumenten sowie den Kosten und nicht pauschale Zahle bzw. Aussagen zu erarbeiten.

Dieter Rehmann: Ich vertrete die Meinung der SP Münchenstein. Wir sind für das Eintreten, d. h. wir sind für den Bus (eine Querverbindung). Wir haben bereits an der letzten Gemeindeversammlung im Dezember 2013 einen Budget Antrag gestellt. Wären dazumal schon so viele Leute wie heute hier gewesen, hätten wir heute bereits einen Bus. Es war dazumal ein Zufallsmehr. Wegen vier Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Darum wollen wir unter anderem auch der Querverbindung eine Chance geben. Die Frage ist immer, was ist das Bedürfnis respektive rentiert der Bus? Muss ein Bus rentieren? Ich sage nein. Die Gemeinde hat viele Aufgaben. Sie gibt auch Gelder für Kultur oder Kinderbetreuung etc. aus. Die Frage ist, rentiert sich das? Ich denke, diese Frage kann man nicht so einfach beantworten. So ist es auch beim Bus. Es ist ein Bedürfnis, nicht von allen, aber doch von vielen, wie ich hier sehe. Auch ich habe diesen Bus ab und zu benutzt. Bei den Kosten kann man davon ausgehen, dass die Fr. 300'000.— nicht aus der Luft gegriffen sind. Nun ist die Frage, wie finanziert man diese? Der Kanton hat die Buslinie 58 aus dem generellen Leistungsauftrag gestrichen, weil er gesagt hat,

das Bruderholz wird neu über die Linie 47 via Dreispitz angebunden. Von dort aus fährt jede Viertelstunde ein Bus zum Bruderholz. Wegen dem war der überregionale Charakter nicht mehr da. D. h. der Kanton war nicht mehr gewillt, diesen Bus als Ortsbus zu finanzieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Kanton sich daran beteiligt, ist eher klein. D. h. die Fr. 300'000.— plus/minus müssen wir irgendwie auftreiben. Wie wir wissen, steht es mit den Finanzen nicht zum Besten. Ich spreche nun auch direkt P. Messmer an. An der Budget Gemeindeversammlung im Dezember für den Budget respektive für die Steuererhöhung einzutreten, damit wir den Bus finanzieren können. Ich denke, dies wäre noch ein wichtiges Statement. Auch für mich, um zu wissen, ob man dahinter steht. Will man ihn finanzieren respektive will man die Finanzierung sicherstellen. Vorher wurde gesagt, wir sollen Alternativen prüfen. Auch ich bin dafür bzw. die SP unterstützen den Antrag, in der Hoffnung, dass der Gemeinderat verschiedene Varianten erarbeitet. Ich denke es geht hauptsächlich um die Querverbindung vom Dorf über den Bahnhof, die Gartenstadt, die MFP respektive Birshof Klinik. Ob er dann noch via Bruderholzspital muss, sei dahingestellt. Aber mit dieser Linienführung könnte man einen Halbstundentakt sicherstellen, der relativ produktiv wäre. Ich habe noch mit einer anderen Busfirma als der BLT gesprochen. Ich denke, hier wäre es noch wichtig, wenn man Offerten einholt, sich nicht nur auf ein Transportunternehmen abzustützen. Es gibt noch andere Busunternehmen, die einen solchen Bus gerne betreiben würden. In diesem Sinne bitte ich sie, den Antrag zu unterstützen und erheblich zu erklären.

Arnold Amacher: Wir reden immer von einem Bus, von Fr. 300'000.— und von vielen Details (2017, kein Leistungsauftrag oder doch ein Leistungsauftrag). Das ist alles in ferner Zukunft. Was wir heute zu beschliessen haben, ist ein Stück Demokratie. In dieser Demokratie gilt es, dass nicht der Gemeinderat darüber zu befinden hat, wenn wir über etwas reden wollen, ob dies nun der Bus ist oder Gratisbillette für eine Taxifirma oder was auch immer der Lösungsvorschlag ist. Ich muss sie daran erinnern, dass es so mit dem Nachtbus angefangen hat, als die Jungen einfach einmal das Trambesetzt haben und gesagt haben, sie bräuchten einen Nachtbus, damit sie sicher nach Hause kommen. Ob es dann ein Bus sein muss, der im Halbstundentakt zirkuliert oder im heutigen Zeitalter der modernen Kommunikation etwas ganz anders, ist heute Abend nicht das Thema. Sie reden alle von Details. Tatsache ist, es gibt Leute, der Saal ist voll von ihnen, die wollen, dass wir in der Querlinie dieser Gemeinde besser vernetzt sind. Darum müssen wir dem Gemeinderat die Karte zeigen. Dieser Antrag ist erheblich zu erklären und der Gemeinderat erhält die Aufgabe, dies zu prüfen, weil es ein Bedürfnis dieser Gemeinde ist. Hier ist eine grosse Versammlung, also stimmen sie bitte gegen den Gemeinderat und für die Erheblicherklärung. Stimmen sie nicht für den Bus, Taxi oder Gratisbillette, sondern für die Erheblicherklärung. Wir wollen, dass geprüft wird, wie wir besser von A nach B kommen.

Pia Müller: Es wurde bereits viel über den Bus diskutiert. Ich möchte einfach noch schnell erwähnen, dass dieser sicherlich hauptsächlich für die ältere Bevölkerung gedacht ist. Ich möchte heute Abend aber auch noch einfach ein oder zwei Worte von der jungen Bevölkerung sprechen. Es wurde schon vieles gesagt. Ist es ein Bus oder muss es einfach eine Querverbindung in irgendeiner Form sein? Es muss auch für die jüngeren Leute eine Verbindung sein. Ich kenne viele an der Zahl, die heute Abend vielleicht nicht hier sind. Es ist nicht nur ein Bus für die ältere Bevölkerung, sondern auch für die mittlere und jüngere Bevölkerung. Denken wir noch an das Thema Umweltschutz. Ich komme ursprünglich selber aus einer Gemeinde, wo man als Kind viel laufen musste. Wenn man heute daran denkt, dass die öffentlichen Verkehrsmittel eigentlich auch für den Umweltschutz da sind, dass nicht jeder ein, zwei oder drei Auto haben muss, dann sage ich auch, der Bus oder wenigsten die Varianten sind unbedingt als erheblich zu erklären. Es geht auch darum, den Verkehr zu reduzieren. Dies ist in der heutigen Zeit auch ein grosses Thema.

Dominic Degen: Ich möchte nur nochmal ein paar Sachen erwähnen. Wenn A. Amacher sagt, der Nachtbus hat auch so angefangen, dann möchte ich wissen, wie lange es denn von der Trambesetzung bis zur effektiven Einführung der Nachtbusse gedauert hat. Eine Ewigkeit. Mit der modernen Kommunikation frage ich mich natürlich schon, gibt es hier Forschungen, dass man sich vielleicht in Zukunft auch beamen lassen kann? Man weiss es nicht. Wahrscheinlich wird dies in den nächsten drei Jahren nicht der Fall sein. Wegen dem bleiben wir dabei, wir warten die drei Jahre, bis der Kanton wieder beschliesst. Zum Thema Chancen und Testbetrieb muss ich einfach erwähnen, dass während den zwei Jahre, während denen der 58er Bus gefahren ist, bereits vom Kanton ein Testbetrieb durchgeführt wurde. Die Fahrgäste wurden gezählt und man ist zum Ergebnis gekommen, dass es zu wenig Fahrgäste hat. Ein neuer Bus wird mit aller grösster Wahrscheinlichkeit zum gleichen Ergebnis führen. Ich wohne selber auch am Berg und habe den Bus auch ab und zu benutzt. Ich habe auch kein Auto und frage mich natürlich schon,

wie die Leute dies vorher geregelt haben, bevor es den Bus gab, da der Bus grob nur ein Jahr und einen Monat gefahren ist. Dies ist noch nicht so lange her. Dies nur zum Nachdenken.

Silvia Briefer: Ich wohne 48 Jahre am Berg oben in Münchenstein. Also ich gehöre zum Dorf. Als wir hierher gezogen sind, hatten wir fünf Geschäfte im Dorf. Wir waren bestens versorgt. Wir sind ins jeden Tag ins Dorf runter einkaufen gegangen. Diese Geschäfte sind alle weg. Wir haben nur noch eine Post in Münchenstein. Wir müssen zum Gartenstadt. Ich gehe viel mit dem Hund spazieren. Bin viel unterwegs. Habe Unterschriften gesammelt. Es hat junge Leute, sehr viel Kinder, die gerne mit dem Bus fahren würden, es hat Mütter mit Kinderwagen, die gerne mit dem Bus fahren würden. Nicht nur den Berg hinauf sondern quer durch Münchenstein. Die Leute wollen an das Kaffeetreffen. Die Leute, die nicht mehr am Berg wohnen, wollen sich gegenseitig besuchen. Kinder haben Freunde und die Mütter müssen immer hin und her fahren, quer durch das Dorf. Es hat viele Wanderer, die zu uns rauf wollen. Es hat Leute, die wollen auf das Bruderholz. Wir sind einfach quer auseinander gerissen. Wir haben so viele Quartiere in Münchenstein. Wir sollten endlich einmal zusammenstehen und den Bus, einen ÖV-Bus keinen anderen, wirklich hier wieder kommen. Es ist der 58er. Wir hatten den Bus nicht lange. Dies war keine Testphase. Wir hatten viele Baustellen am Berg oben und die Leute wussten, dass der 58er abgeschafft wird. Wenn man weiss, man kann nicht sicher sein, dass der Bus bleibt, kann man sich nicht darauf verlassen. Es hat viele, die mit dem Bus zur Arbeit wollen. Es hat keine Parkplätze mehr in der Stadt. Alles ist gesperrt. Es hat viele Baustellen. Schänzli soll in ein paar Jahren umgebaut werden. Was meinen sie, was hier auf uns zukommt. Wir sind noch froh um die Querverbindung, alle zusammen und auch die Gemeindeverwaltung alle werden froh sein, wenn wir noch irgendwo durchkommen, wenn es so weiter geht. Ich möchte alle Einwohnerinnen und Einwohner bitten zusammenzustehen, Quartier hin oder her, ob Berg, ob Gstad, ob Neuwelt, Heiligholz, jedes Quartier hat seine Probleme und soll es doch bitte immer bringen. Das wir zusammenstehen und einander helfen, dass wir zu unserem Recht bzw. unsere Anliegen berücksichtigt werden in der Gemeinde. Es würde noch die Möglichkeit bestehen, dass man einen Gönnerverein gründet, vielleicht für den Bus, Fr. 20.— im Jahr und dann können wir der Gemeinde helfen zu zahlen. Dies wäre auch noch möglich.

August Gersbach: Ich bin dafür, dass wir das Traktandum mit Erheblichkeitserklärung abschliessen. Es ist eine sinnvolle Aufgabe, dies gründlich abzuklären. Aber bis wir den Bus haben, möchte ich Euch doch darauf aufmerksam machen, dass es einen Verein in Münchenstein gibt der Fahrdienst für Senioren heisst. Die Betonung liegt auf Senioren. Also alle ergrauten Leute, die auf dem Berg oben nicht wissen, wie sie herunter und wieder hinauf kommen. Geht doch zum Verein. Dieser fährt euch hinauf. Es gibt in Münchenstein eine Nachbarschaftshilfe, diese ist nicht kostenfrei, aber man kann sie nutzen. Wenn dann später der Bus fährt, ist dieser die bessere Lösung.

Paul Messmer: Der Antrag, den A. Schenker in Aussicht gestellt hat, ist für mich sehr wünschenswert und selbstverständlich. Zum Thema des Redners, der gesagt hat, es könne nicht sein, dass die BLT einfach den Auftrag erhält, möchte ich sicherstellen bzw. klar stellen, dass wenn der Bus beschlossen wird, dieser ausgeschrieben und keineswegs einfach der BLT übergeben wird. Wobei ich persönlich habe mit anderen Gesellschaften auch meine Erfahrungen gemacht. Wenn ein Landrat uns Münchensteiner einfach sagt, das der Kanton etwas daran zahlt, müsst ihr dies vergessen. Das kommt überhaupt nicht in Frage. Der gleiche Landrat ist notabene in der Kommission, in der dies beschlossen wurde. Da hätte ich schon Lösungen für das, aber diese möchte ich ihnen heute nicht erzählen. Ich weiss aber von 40, 50 Linien, bei denen ich dabei war, als sie eröffnet wurden, bei denen ebenfalls der Zweck umschrieben wurde. Natürlich müssen wir dafür kämpfen. Die Einteilung in das Verkehrskonzept vom Kanton ist selbstverständlich zu erreichen. Man muss dafür kämpfen und man muss bei den Wahlen daran denken, dass man notabene die Richtigen wählt. Wenn sie das Eintreten beschliessen, nehme ich an, dass es im Detail bearbeitet wird. Die Resultate kenne ich auch nicht. Ich habe die Erfahrung, dass viele Buslinien, welche als Ortstaxi geschaffen wurden, zu Ortsbuslinien umgewandelt wurden. Den Seniorenverein finde ich gut, aber das Problem löst er letztlich nur teilweise. Ich war auch beim TIXI Taxi aktiv. Es ist richtig, es so zu behandeln, wie es A. Amacher beantragt hat.

Gemeindepräsident G. Lüthi präzisiert die Bedeutung der Erheblichkeitserklärung. Spricht man sich für die Erheblichkeitserklärung aus, wird der Gemeinderat eine Vorlage ausarbeiten.

://: Der Antrag gemäss § 68 Gemeindegesetz von Paul Messmer und Hans Schenker im Namen des Komitee PRO Münchenstein zur Wiedereinführung der Buslinie 58 wird mit deutlichem Mehr erheblich erklärt.

(Dieser Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.)

### Traktandum 3

#### **Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) Ausfinanzierung Besitzstand und Genehmigung Vorsorgeplan**

Gemeindepräsident G. Lüthi: Sie haben am 18. Mai 2014 darüber abgestimmt und eigentlich einer Ausfinanzierung zugesprochen. G. Lüthi erläutert die Ausfinanzierung des Besitzstandes und die Genehmigung des Vorsorgeplans der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) mittels PowerPoint-Präsentation. Der Kanton übernimmt sämtliche Lehrkräfte. Die Ausfinanzierung des Gemeindepersonals bleibt bei der Gemeinde. Selbstverständlich hätte die Gemeinde nach gültigem Personalreglement aus dieser Pensionskasse austreten können. Aber wir haben darauf verzichtet, weil wenn wir dies gemacht hätten, hätten wir sämtliche Finanzierungen (also auch die der Lehrkräfte im Betrage von ca. Fr. 12.25 Mio.) übernehmen müssen. Der Ausfinanzierungsbetrag, den wir heute aufwenden müssen, beträgt ca. Fr. 16.8 Mio. (gemäss Stand vom 31. Dezember 2013). Davon betragen die gebundenen Ausgaben ca. Fr. 15.8 Mio. und die ungebundenen Ausgaben ca. Fr. 1.038 Mio. Bei den ungebundenen Ausgaben spricht man vom sogenannten Besitzstandsausgleich (keine gesetzliche Verpflichtung / § 157a GemG). Bei der Umstellung vom bisherigen Leistungsprimat auf das Beitragsprimat gehen im Leistungsprimat vorhandene Umverteilungsmechanismen verloren. D. h. man hat bisher von den jüngeren zu den älteren Versicherten ausgeglichen, was nun entfällt. Man möchte dies mit dem Besitzstandsausgleich auffangen. Sie können auf der Seite 5 und 6 des Ratschlags entnehmen, dass dies kein Automatismus ist. Sie bekommen es also nicht voll ausfinanziert. Sie müssen bestimmte Kriterien erfüllen und es ist eine teilweise also nicht vollständige Besitzstandswahrung. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Besitzstandsausgleich fair ist, wenn man plötzlich eine Änderung vom bisherigen Leistungsprimat zum Beitragsprimat durchführt. Die ca. Fr. 1.038 Mio. sind keine gesetzliche Verpflichtung. Wie sie der Vorlage entnehmen können, hat sich die Gemeinde Münchenstein praktisch überall der Kantonslösung angeschlossen. Unter anderem zum Beispiel, dass die Lehrer (Sekundar- und Primarschullehrer, Kindergarten etc.) gleich ausfinanziert werden. Wir würden es als unfair betrachten, wenn die einen Lehrer, die zufälligerweise beim Kanton sind, eine andere Vorsorgelösung hätten. Wenn sie dies nachlesen, sehen sie beim Vorsorgeplan, dass der Kantonsplan von Sparen 60 / Risiko 60, von  $\frac{1}{3}$  Koordinationsabzug, von der Beitragsaufteilung zwischen Arbeitgeber von 55 % und Arbeitnehmer von 45 % sowie von einem Verwaltungskostenbeitrag von 100 % (durch Arbeitgeber finanziert) spricht. Auch beim Teuerungsausgleich schliessen wir uns dem Kanton an. Auch der Teuerungsfond ist freiwillig. Es ist genau geregelt, wann allenfalls ein solcher Teuerungsausgleich gesprochen wird und wie hoch dieser ist. Es ist also nicht automatisch. Wenn man die beiden Vorsorgelösungen (heutige Lösung und vorgeschlagene Lösung) betrachtet, sehen sie, dass wir nach dem aktuellen Modell ca. Fr. 825'000.— bezahlen. Mit dem neuen Modell, so wie wir es ihnen vorschlagen, würden wir ab 1. Januar 2015 ca. Fr. 648'000.— bezahlen. Sie sehen, es ist eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Modell von ca. Fr. 176'000.—. Der Gemeinderat beantragt, für die Angestellten der Gemeinde sowohl die Finanzierung des Besitzstandes als auch den Vorsorgeplan analog der Regelung des Kantons zuzustimmen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Kantonsplan eine ausgewogene und faire Lösung für die Gemeinde und die Mitarbeitenden darstellt. Ich bitte sie, dem Antrag, wie ihn der Gemeinderat stellt, zuzustimmen.

Andreas Knörzer, Vizepräsident der Gemeindekommission: Wir waren uns alle einig, obwohl die gesetzliche Verpflichtung nicht darin besteht, den Besitzstand überhaupt im vorgeschlagenen Rahmen auszugleichen. Es ist absolut richtig und opportun dies zu tun. Wir finden auch, dass das Prinzip der vorgeschlagenen Gleichbehandlung mit der Kantonslösung eine sinnvolle Lösung ist. Vor allen Dingen wenn man es im Detail betrachtet und sieht, wie die Beitragszahlungen sind. Es ist doch so, dass mit diesem Vorschlag bei den jüngeren Mitarbeitenden, die noch nicht so hohe Löhne haben, in den ersten Jahren eher eine Beitragszahlerlastung besteht und nachher ein wenig stärker ansteigt. Der Gemeindekommission ist es daran gelegen, auch klar transparent zu machen, dass es allen bewusst sein muss, dass die Mitarbeitenden hier ein Opfer tragen. Es ist nicht mehr derselbe Zustand, wie es in der Vergangenheit war. Man muss auch sagen, dass

man letztlich ein Opfer eingeht und auf sich nimmt, weil man schlicht und einfach die Realität nicht negieren kann. Die Realität ist, wir haben demographische Veränderungen, die schlecht für die Pensionskasse sind und wir haben ein sehr tiefes Zinsumfeld, das die Leistungen, die wir gewohnt waren, nicht mehr entsprechend garantieren kann bzw. weiter leisten kann. Wir sind auch der Meinung, dass es eine faire Lösung ist, die ebenfalls etwas auf die Finanzen der Gemeinde Rücksicht nimmt. Wir haben dem Gemeinderat empfohlen, dass sobald die individuellen Versicherungslösungen, die jeder auch noch abschliessen kann, da sind und man weiss, um was es geht, dies den Mitarbeitenden sehr transparent zu machen und genau zu erklären, damit diese die Chance haben, ihre Eigenverpflichtung (für sich selber zusätzlich zu schauen) entsprechend wahrzunehmen. Es wurde uns versichert, dass sobald dies spruchreif ist, es entsprechend kommuniziert wird. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es wahrscheinlich weniger teuer wird, als dass G. Lüthi gesagt hat. Das freut mich auch immer ganz speziell. Wir haben auch darüber gesprochen, ob es überhaupt opportun ist, dass man dieses Thema vor die Gemeinde bringt. Es war gar nicht ganz klar, ob dies überhaupt eine Vorlage ist, die vor die Gemeindeversammlung muss. Es wurde hin und her diskutiert, auch juristisch. Wir waren uns nicht ganz einig, finden es aber extrem positiv. Da sollte man einmal ein Kompliment aussprechen, es ist eine transparente Lösung. Man hätte sich vielleicht auch eher auf den Standpunkt stellen können, dass dies die Verantwortung vom Gemeinderat ist und der Gemeinderat es machen soll. Ich finde es gut, dass man dies nun doch transparent darlegt. Die Gemeindekommission hat dies entsprechend auch gewürdigt. Ebenfalls gewürdigt wurde das sehr komplexe Geschäft. Das Vorsorgegeschäft ist kompliziert und wurde in der Vorlage recht übersichtlich und verständlich dargestellt. Zusammengefasst darf ich ihnen mitteilen, dass die Gemeindekommission einstimmig beiden Anträgen, wie sie im Vorschlag formuliert sind, zugestimmt hat und selbstverständlich empfehlen wir ihnen, das Gleiche zu tun.

://: Eintreten wird nicht bestritten.

Miriam Locher: Wie bekannt ist, tendieren die meisten Gemeinden oder schier alle Gemeinden zur Kantonslösung ebenso wie Münchenstein. Die jetzige vorgeschlagene Lösung scheint von allen unschönen Lösungen die Beste zu sein. Wir (SP) wollen ihnen zu bedenken geben, wenn wir dies heute ablehnen, wäre es nach dem Personalreglement, die zweite Einbusse für die Angestellten der Gemeinde Münchenstein. Ich erinnere sie daran, dass beim Personalreglement die Kosten von der Nichtbetriebsunfallversicherung auch auf die Arbeitnehmer abgewälzt wurden. Wir (SP) wollen, dass Münchenstein trotz allem ein angemessener attraktiver Arbeitgeber bleibt. Darum empfehlen wir ihnen, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen und wie auch beim Bus vorher, sagt die SP ja zu diesem Geschäft.

David Meier: Ich rede heute im Namen der FDP und möchte kurz unseren Standpunkt kundtun. An der letzten Budget-Gemeindeversammlung (Dezember 2013) stand ich ebenfalls hier und habe versucht, die Steuererhöhung zu begründen, dass wir dafür sind. Ich kann mich gut daran erinnern, es war nicht einfach. Heute geht es darum, dass wir eine Mio., vielleicht ist es etwas weniger, zusätzlich ausgeben wollen. Eigentlich müsste ich heute sagen, dass kommt nicht in Frage. Wir wollen nicht mehr bezahlen, dann können wir auch nicht mehr ausgeben. Es ist einfach so in etwa der Hintergrund, weil es sonst immer mehr Ausgaben gibt. Wir haben heute bereits über eine andere Ausgabe diskutiert und ich möchte dies einfach in den Raumstellen, weil die nächste Budgetversammlung wieder kommen wird. Ich kann ihnen auch sagen, wir unterstützen den Besitzstand der Arbeitnehmer in Münchenstein mit sehr ähnlichen Argumenten, wie wir sie gerade vorher von M. Locher gehört haben. Für uns ist es sehr wichtig, dass das Vertrauen in das Sozialwerk in diesem Land aufrechterhalten wird. Ich denke, wir haben alle auch eine gewisse Verantwortung hier drinnen, dass wir unseren Beitrag für das Vertrauen leisten. Was bereits gesagt wurde. Wir sind Arbeitgeber und wollen natürlich gute und faire Arbeitgeber sein. Die Arbeitnehmer in dieser Gemeinde haben eigentlich schon sehr viele Zugeständnisse gemacht. Ich muss sagen, ich finde dies nicht selbstverständlich. Ich arbeite jetzt (unter diesem Aspekt) Gott sei Dank nicht bei der Gemeinde Münchenstein. Persönlich hätte mich dies gar nicht gefreut und ich kann mir vorstellen, viele von ihnen hätte dies auch nicht gefreut. Ich finde es nicht selbstverständlich, dass die Gemeindeglieder diese Zugeständnisse gemacht haben. Es ist ihnen auch nicht viel übrig geblieben, aber trotzdem mussten sie es schlucken. Also einfach als Hintergrund: Ausgaben? Steuererhöhung? Wir sind dafür. Die Argumente habe ich genannt. Wir bitten sie vor allem, die Besitzstandswahrung anzunehmen.

://: Die Gemeindeversammlung beschliesst einstimmig die Finanzierung des Besitzstands (Zusatzgutschriften) analog der «Kantonslösung» und den kommunalen Lehrpersonen in der Höhe von Fr. 1'037'700.—.

://: Die Gemeindeversammlung genehmigt einstimmig die vom Gemeinderat gewählte Vorsorgelösung analog des Vorsorgeplans «Kantonsplan».

(Dieser Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.)

#### **Traktandum 4**

#### **Antrag gemäss § 68 GemG von Daniel Altermatt im Namen der Grünliberalen Partei (glp) Münchenstein betreffend Ausdehnung des Geltungsbereichs Parkierreglement**

Gemeinderat F. Bossel: Ich werde mich via § 68 sowie dem Parkieren an sich der Vorlage nähern. Was steht im § 68? Dieser ist betitelt mit, das ist ein selbständiger Antrag von einem Stimmberechtigten. Was bedeutet dies? Es ist eine Auftragserteilung von einem Stimmbürger an den Gemeinderat. Was steht im Absatz 1? Nach der Behandlung der angekündigten Geschäfte, kann ein solcher Antrag gestellt werden, sofern der Gegenstand des betroffenen Antrages unter der Befugnis der Gemeindeversammlung steht. Betreffend diesem Traktandums ist dies am 9. Dezember 2013 geschehen. Im Absatz 4 steht weiter, der Gemeinderat erarbeitet eine Vorlage über die Anträge aus, kann aber auch vorerst über eine Vorlage verzichten und den Antrag von der Gemeindeversammlung erheblich erklären lassen. Was wir heute erlebt haben. Der Gemeinderat lässt sich rückversichern, ob er wirklich die Arbeit auf sich nehmen soll. Das haben wir ebenfalls für dieses Traktandum am 17. März 2014 gemacht. Er unterbreitet dann unter Absatz 5 eine Vorlage über die Anträge oder für die erheblich erklärten Anträge innerhalb von einem halben Jahr der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung. Die Vorlage ist rechtzeitig zu unterbreiten, sodass ihr Zweck nicht vereitelt wird. Dies haben wir ebenfalls gemacht. Dieses Geschäft wird heute behandelt. Kommen wir zum Parkieren. F. Bossel erläutert die Vorlage mittels PowerPoint-Präsentation. Parkieren an für sich ist eine einfache Geschichte. Man fährt in den Parkplatz und ist parkiert. Schwierig wird es natürlich, wenn die Bilanz zwischen Parkraum (Nachfrage und Angebot) nicht ausgeglichen ist. Mit was haben wir es zu tun? Mit einem Nachfrageüberhang. Was wir aber nicht wollen, ist ein Nachfrageüberhang, sondern eine ausgeglichene Bilanz. Wie erreicht man dies? Indem man an der Parkraumnachfrage den Hebel ansetzt und ebenso am Parkraumbewirtschaftung. Was ist das Ziel der Parkraumbewirtschaftung? Ein effizientes parkieren. Was bedeutet effizientes parkieren? Es ist eine Verbesserung der Parkraumverfügbarkeit für die Einwohner und die Erhöhung der Parkchancen ist gegeben. Es bedeutet weiter, dass man den PKW-Verkehr von Berufs- und Ausbildungspendler dämpft und dass man mehr Sicherheit im Strassenraum für alle Verkehrsteilnehmer hat, wo es einhergeht mit mehr Aufenthaltsqualität. Wenn wir von einer Parkierzone sprechen, dann natürlich auch von den Markierungen und Beschränkungen, die in einer solchen Parkierzone gelten und sehr wichtig sind. Wie markiert man eine solche Parkierzone? Es gibt die Markierung am Boden. Ein weisser Strich, dann fährt man über den Blauen und ist in einer Parkierzone. Weiter kommt dann auch noch, dass das Schild (mit 4142 unbeschränkt) dort steht, zumindest in Münchenstein. Das ist obligatorisch. Was hingegen nicht obligatorisch ist, ist das einzeichnen von Parkfeldern. Damit wäre auch die Frage, die wir heute sicher noch gestellt bekommen werden, geklärt, wie viele Parkplätze es in ihrer Strasse gibt. Es gibt genau so viel wie es vorher hatte. Wenn nichts markiert war, wird nichts markiert. Weisse Markierungen werden auf blau umgemalt. Was gilt in einer Parkzone? Die Parkzeit ist beschränkt. Von Montag bis Samstag zwischen 8.00 bis 19.00 Uhr. Man kann natürlich mit der Parkscheibe, die jeder im Auto hat, 60 Minuten gratis stehen bleiben. Man kann sich aber auch, wenn man kein Einwohner ist, eine Tagesparkkarte für Fr. 10.— kaufen. Diese gilt dann für 24 Stunden. D. h. wenn sie um 13.00 Uhr kommen, dann gehen sie wieder am nächsten Tag um 13.00 Uhr. Desweiteren gibt es für Auswärtige eine Monatsparkkarte für Fr. 50.— und natürlich auch eine Jahresparkkarte für Fr. 480.—. Was kostet sie dies als Einwohner? Sie als Einwohner kostet es Fr. 30.— pro Jahr. Sofern sie die Parkierzone nutzen wollen und sich eine Einwohnerparkkarte kaufen wollen. Was sind die Fr. 30.— nicht? Sie sind keine Gebühr für einen gemieteten Parkplatz, sie sind viel eher eine Jahresgebühr für Langzeitparkieren auf dem öffentlichen Strassenraum. Wo gibt es Parkierzonen bei uns in der Region? Wir haben es nicht erfunden. Wenn wir die Region anschauen, sieht man, das Basel beinahe flächendeckend bzw. schon bald flächendeckend ist. Birsfelden hat die Parkierzone flächendeckend, Riehen hat kürzlich ebenfalls eine eingeführt, Binningen ist zumindest in der Talsohle flächendeckend, Allschwil ist in den Vorbereitungen, Muttenz ist noch am Schauen, was sie machen wollen und beobachtet die Situation sehr intensiv. Was kann man dazu sagen. Der Druck auf den Münchener

Parkierraum wird sicherlich nicht sinken, sondern eher weitersteigen. Was macht der Gemeinderat trotzdem nicht? Er stellt keinen Antrag für eine Parkierzone über das gesamte Gemeindegebiet auszuweiten, weil wir nicht überall die gleichen Probleme haben, sondern er hat eine bedarfsgerechte Erweiterung angestrebt, was ja auch der Inhalt vom Antrag der glp war. Sie haben eine bedarfsgerechte Ausweitung gefordert. Wie hat man den Bedarf erhoben? Im Mai/Juni 2014 haben wir 4'800 Fragebögen an alle Haushalte verschickt. 661 kamen zurück (Rücklaufquote: 13.7 %). Wir können nun lange darüber diskutieren, ob dies viel oder wenig ist. Aber ich habe mich mit Leuten unterhalten, die sich mit solchen Sendungen beschäftigen. Dies ist relativ viel, für etwas, dass man nach Hause bekommt und dann noch etwas dafür machen muss. Was war das Resultat? Wird die Erweiterung der Parkierzone gewünscht? Die Frage haben 64 % der Beantwortenden mit nein beantwortet und 36 % mit ja. Dann wollte man natürlich das Bild etwas differenzierter betrachten und hat im Nachgang fünf Informationsveranstaltungen abgehalten. Man hat dazu aber keine neuen Erkenntnisse gefasst, ausser dass sich die Zustimmung auf zwei Zonen beschränkt. Einerseits an der Birseckstrasse und andererseits im Gebiet östlich vom Gartenstadt. F. Bossel zeigt mit Hilfe der PowerPoint-Präsentation die diversen Zonen auf.

Andreas Knörzer, Vizepräsident der Gemeindekommission: Die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen waren unbestritten. Wir haben die transparente Darstellung als positives Vorgehen gewürdigt. Ich finde, es kann wirklich niemand in der Gemeinde sagen, er konnte seine Stimme nicht erheben bzw. seine Meinung nicht kundtun. Es wurde etwas an die Haushalte verschickt, es gab die Informationsveranstaltungen und im Wochenblatt konnte man etwas dazu lesen. Ich glaube, man hatte auch genügend Zeit, zu diesem Thema mit seinen Nachbarn zu diskutieren. Das ist ja wichtig. Eine solche Parkierzone ist nicht sinnvoll, wenn man sagt, vor meinem Haus 100m, dann ein wenig weiss und dann wieder etwas blau. Sondern die Idee war eigentlich auch, dass man eine vernünftige Arrondierung der Blauen Zone erreicht. Ich glaube, dies ist gelungen. In diesem Sinne ist es eine sinnvolle Lösung, nach dem Dafürhalten der Gemeindekommission und stellt ganz klar eine Verbesserung der aktuellen Situation dar. Wir haben es auch nochmals gewürdigt und gesagt, dass es nicht die Garantie auf einen Parkplatz ist. Schon gar nicht immer vor dem eigenen Haus, aber was man wirklich sagen muss, es ist für ganz wenig Geld (nämlich Fr. 30.— / nicht im Monat, sondern im Jahr) für die Einwohner eine substanzielle Verbesserung. Da haben wir jetzt genügend Beispiele gesehen. Gerne erwähne ich das Quartier Fichtenwald, wo es vorher unzumutbar war und jetzt eine deutlich bessere Situation besteht. Dann haben wir noch diskutiert, ob es sinnvoll ist, diesen Vorschlag um die eine oder andere Strasse zu ergänzen. Dies ist etwas, was ihnen offen steht. Sie können also einen Antrag stellen und sagen, diese Strasse bitte ebenfalls. Wir von der Gemeindekommission finden aber, man sollte relativ zurückhaltend sein, jetzt einfach eher opportunistisch unkoordinierte Ergänzungen anzubringen. Das System funktioniert nur, wenn die Strassen vernünftig miteinander verknüpft sind. Ich glaube, die Lösung, die wir gesehen haben, deutet in diese Richtung. Logischerweise wird die Gemeindekommission ihnen ihr Recht nicht nehmen, aber wir möchten doch zu bedenken geben, dass man sich dies sehr gut überlegen muss. Dann kann ich ihnen sagen, die Gemeindekommission hat auch hier einstimmig der Annahme der beiden Anträge zugestimmt und empfiehlt auch ihnen, hier ihre Zustimmung zu erteilen. Jetzt darf ich vielleicht auch gleich im Namen der glp, weil Daniel Altermatt und ich sozusagen die Verbrecher hinter diesem Antrag sind, auch nochmals sagen, wir finden, es war ein explizit gutes Vorgehen. Wir fanden wirklich, dass das was wir wollten, damit erreicht ist. Wir müssen mehr bei F. Bossel in Auftrag geben, dann bekommen wir noch mehr gute Präsentationen. Das kommt relativ gut rüber. A. Knörzer dankt F. Bossel für die Darstellungen.

://: Eintreten wird nicht bestritten.

Willy Müller: Wir haben mit der Parkzone im Langen Heid Quartier Erfahrungen gemacht. Zwar ist es nun so, dass wir in der Nacht (genau wie vorher) zu wenig Parkplätze haben. Letzte Woche bin ich ca. um 22.00 bzw. 22.30 Uhr nach Hause gekommen. Ich hätte mindestens fünf bis zehn Autos aufschreiben können, die ausserhalb der Zone parkiert waren, wenn ich Polizist gewesen wäre. Vorher bzw. beim anderen Traktandum wurde um das Geld gestritten, wir hätten kein Geld. Jetzt muss ich sie einfach einmal darauf aufmerksam machen. Sind in der Gemeinde Münchenstein Bürger da, die die Zeitungen von Luzern, Aargau, Zürich lesen? Das mache ich. Ich schreibe mir ganz viel heraus z. B. von Artikel über Parkplätze, die teurer geworden sind. Vorher hatte man kein Geld. Wenn ich sehe, was für Autos (Fr. 50'000.— bis Fr. 70'000.—) im Lange Heid Quartier stehen, frage ich mich einfach, warum wir nur Fr. 30.— bezahlen müssen. Wenn wir schon kein Geld in dieser Gemeinde haben, warum hat der Gemeinderat von Münchenstein nicht dafür gesorgt, als ich einen Antrag für Fr. 30.— oder Fr. 40.— im Monat

gestellt habe, dass dieser angenommen wird, sondern abgelehnt wurde? Vorher haben sie gesagt, Birsfelden ist voll mit Parkierzonen. Diese Zahlen Fr. 30.— oder Fr. 40.— und in Muttenz, wo die Hochschulen sind, kostet es sogar Fr. 50.— bzw. Fr. 55.— im Monat. Ich verstehe nicht, warum wir hier nur Fr. 30.— verlangen. Wir haben im Lange Heid Quartier drei Einstellhallen. Jetzt wird eine ganz neu gebaut. Dort muss man Fr. 140.— im Monat bezahlen. Jetzt glauben sie doch nicht, dass dort alle einen Einstellhallenplatz mieten, wenn man nebenan für Fr. 30.— das gesamte Jahr parkieren kann. Das verstehe ich nicht und bitte Euch, hier über die Bücher zu gehen und dies im Gemeinderat zu diskutieren, ob man hier nicht eine andere Gebühr einführen möchte.

Gemeinderat Felix Bossel: Im Rahmen dieses Antrages haben wir uns mit der Ausweitung befasst. Die Kosten der Einwohnerfahrkarte wurden bewusst aussenvorgelassen. Dies kann man in einem anderen Schritt durchführen. Heute ist dies aber nicht das Thema.

Simone Blatter: Ich wohne (Sonnmattstrasse) in diesem Quartier, habe aber kein Auto. Von dem her ist es mir egal, ob dort Parkplätze sind oder nicht. Aber wegen der Blauen Zone fangen nun französische Autos und fremde Autos an, bei uns zu parkieren. Das wäre eigentlich negativ. Ich bin Velofahrer. Für Velofahrer ist es immer gefährlich (egal ob weisse oder blaue Parkfelder) bei parkierten Autos vorbeizufahren. Ich vergleiche dies mit dem Traktandum der Wiedereinführung der Buslinie 58. Ich habe hier bei der Umfrage gesagt, es wäre mir lieber, man fördert den ÖV anstatt die Autos. Ich sehe, dass immer mehr Autos kommen werden, weil sie Parkplätze haben und dies auch ausnützen werden. Ich bin pro und kontra. Bei der Abstimmung würde ich noch gerne wissen, weshalb man nicht die Enthaltungen nachfragt. Wenn ich abstimme, kann ich ja oder nein sagen oder mich enthalten. Warum ist dies bei der Gemeindeversammlung nicht relevant?

Gemeindepräsident G. Lüthi: Wenn es derart eindeutig ist, dann können wir darauf verzichten, zu fragen, wer sich von der Stimme enthält. Sie müssen selbstverständlich nicht abstimmen. Aber es war derart eindeutig, dass wir uns einen Arbeitsweg sparen können.

Andreas Knörzer, Vizepräsident der Gemeindekommission: Die Diskussion wegen des Preises hatten wir schon in der Gemeindekommission natürlich auch kurz angesprochen, in der es um die Erheblichkeitserklärung ging. Wir bei der gIp haben uns dies genau überlegt. Wir wollten ganz explizit keine Preisdiskussion vom Stapel laufen lassen und zuerst die Situation schaffen, dass die entsprechenden Parkfelder blau sind. Meine persönliche Meinung ist, dass wir zu billig parkieren. Aber im Wesentlichen geht es darum, eine Entlastung zu Gunsten der Einwohner zu schaffen und eine Lasten für diejenigen zu schaffen, die von irgendwoher kommen und einfach denken, sie können ihr Auto gratis abstellen. Wenn sie nicht möchten, dass Franzosen oder Ungaren das Auto immer gratis eine halbe Woche lang abstellen, dann müssen sie jetzt dafür sorgen, dass wir eine Blaue Zone bekommen. Dann kostet es wenigstens etwas. Wenn es sich dann noch einer leisten kann bzw. will, dann bekommt die Gemeinde immerhin etwas Geld in die Kasse.

David Meier: Ich möchte nur auf ein paar Sachen zurückkommen, die vorhin bei den Parkplätzen gesagt wurden, vor allem was die Gebühren anbelangt. Ich denke, dies ist eine sehr umstrittene Sache. Grundsätzlich, und da können sie sicher sein, ist es so, dass Parkplätze ein knappes Gut sind. Aus meiner Perspektive würd ich mindestens sagen, dass wir in Münchenstein bis jetzt Glück hatten, dass es nicht so schlimm ist. Ich habe vorher in verschiedenen Städten gelebt. Ich habe in der Stadt Basel und Zürich gewohnt und kann aus eigener Erfahrung sagen, hier sind wir in Münchenstein weit weg von echten Problemen. In Zürich oder Basel fahren sie am Abend umher und müssen nicht einmal irgendwie umweltbewusst ächten wollen bzw. gegen die Umwelt sein. Sie finden einfach keinen Parkplatz und fahren durch das Quartiere, ob sie nun wollen oder nicht. Sie finden einfach nichts. Das ist die Realität in den ganz grossen Zentren. Hier in Münchenstein als Agglomeration ist es anders. Es ist das Ziel von Münchenstein zu wachsen und mehr Einwohner zu bekommen. Wir sind von dem nicht verschont. Es wird auch bei uns kommen. Die Preisdiskussion wird wieder kommen. Was aber sicher zuerst kommen wird, ist dass wir grundsätzlich zu wenig Parkplätze haben werden. Ich weiss es von Zürich. In der Stadt Basel ist es das Selbe. Sie haben die Karte und finden trotzdem keinen Parkplatz. Ich habe vorhin gehört wie W. Müller gesagt hat, er finde am Abend auch keinen Parkplatz in Münchenstein. Dies ist sicher nicht überall so, aber das grundsätzliche Problem bzw. die Herausforderung in der Zukunft wird die Frage sein, wie wir es bewerkstelligen können, dass die Leute überhaupt einen Parkplatz haben respektive wir wollen nicht, dass man in den Quartieren herum fährt und das Auto irgendwo abstellen kann. Klar kann man sagen, dass man die Leute zwingt, in die Parkgarage zu gehen und dies zu bezahlen. Ob man dies durchsetzen kann, weiss ich nicht. Dies wird uns in der

Zukunft beschäftigen. Was ich super finde und da muss ich ein Kompliment an den Gemeinderat machen, man packt das Problem an. Wir haben den Begriff gehört „Parkplatzbewirtschaftung“, das ist jetzt einfach einmal der erste Schritt. Man hat dies vorher nicht gemacht. Ich denke jetzt muss man Erfahrungen sammeln, wie dies geht. Und wir wollen dann schauen, was in Zukunft die nächsten Schritte sein werden. Persönlich bitte ich sie, die Autofahrer nicht grundsätzlich als Feinde anzuschauen, das sind sie nämlich nicht. Es gibt viele Leute, die ein Auto aus ganz verschiedenen Gründen haben. Es fahren auch nicht alle wirklich gerne mit dem Auto. Es ist ein Problem, wenn man keinen Parkplatz hat. Ich bin sehr gespannt, wie es weiter geht. Ich möchte nur noch sagen, ich finde es nicht schlecht, wenn die Gebühren tief sind. Das ist klar. Ich glaube, jeder der ein Auto hat, empfindet dies so. Von mir aus muss man die Steuern nicht künstlich mit solchen Beiträgen erhöhen. Was ich aber besonders gut finde, ist dass man in Münchenstein als Auswärtige Jahres- und Monatskarten beziehen kann. Dies ist überhaupt nicht selbstverständlich. Und ich hoffe, dass die Gemeinde Münchenstein dieses Angebot beibehalten wird.

Simone Blatter: Ich habe es glaube ich schon erwähnt. Es geht mir einfach darum, dass man zu viel über Autos redet. Ich würde jetzt behaupten, dass es immer weniger Autos geben wird. Also ich habe jetzt diese Ideologie, dass die Leute nicht mehr mit dem Auto bis zum Tram fahren müssen, sondern zu Fuss gehen können oder mit dem Velo fahren. Ich hoffe, dass es nicht immer mehr Autos werden.

Markus Scherrer: Ich finde, die Vorlage ist sauber ausgearbeitet. Ich kann der Argumentation auch folgen. Ist es der Gemeinde möglich, die Parkierungsverordnung zu vollziehen, kontrollieren und zu büssen, dass es wirkt und wir keine Schwarzparkierer haben?

Gemeinderat F. Bossel: Das ist natürlich das Ziel, wenn man eine Parkierzone einführt, dass man sie auch durchsetzt. Dies ist wahrscheinlich auch eine Frage der Ressourcen. Die uniformierten Polizisten sind natürlich nicht nur hier, um Parkbussen zu verteilen, sondern müssen auch noch andere Dinge erledigen. Wenn man etwas einführt, muss man es natürlich durchsetzen, ansonsten macht es keinen Sinn.

Dieter Rehmann: Ich möchte auch nur kurz die Meinung der SP kundtun. Wir unterstützen die Anträge. Vor allem begrüßen wir, wie der Gemeinderat vorgegangen ist. Er hat die Bedürfnisse abgeklärt. In den zwei Quartieren, in denen die Strassen in eine Blaue Zone umgewandelt werden sollen, ist die Mehrheit der Bevölkerung, die abgestimmt hat, dafür und ich denke, man sollte ihnen dies nicht verwehren. Also stimmen wir dem Antrag zu.

://: Dem Antrag gemäss § 68 Gemeindegesetz von Daniel Altermatt im Namen der Grünliberalen Partei (glp) Münchenstein betreffend Ausdehnung des Geltungsbereichs Parkierreglement wird mit wenig Gegenstimmen deutlich zugestimmt.

://: In die Parkierzone wird das Gebiet zwischen Grubenstrasse und Lärchenschulhaus mit den folgenden Strassenabschnitten aufgenommen:

- Birkenstrasse Abschnitt Schulackerstrasse – Schmidholzstrasse
- Schönaustrasse
- Sonnmattstrasse
- Schmidholzstrasse Abschnitt Birken-Lärchenstrasse
- Lärchenstrasse Abschnitt Schmidholzstrasse – Grubenstrasse
- Schulackerstrasse Abschnitt Birkenstrasse – Eichenstrasse
- Florastrasse
- Loogstrasse Abschnitt Florastrasse bis Emil Frey-Strasse

://: In die Parkierzone wird die Birseckstrasse aufgenommen.

(Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.)

## **Traktandum 5**

### **Antrag gemäss § 68 GemG von Arnold Amacher betreffend Schaffung einer Parkierzone Dorf**

Gemeinderat F. Bossel erläutert den Antrag von Arnold Amacher betreffend der Schaffung einer Parkierzone Dorf mittels PowerPoint-Präsentation. Es freut mich, dass ich ihnen auch dieses Traktandum näherbringen darf. Der Antrag von A. Amacher wurde an der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2014 eingereicht. Heute verzichten wir auf eine

Erheblicherklärung. Warum verzichten wir darauf? Wir hatten vorher schon mit der Parkierzone zu tun. Würden wir den anderen Weg wählen, müssten wir uns im Dezember an der Budget-Gemeindeversammlung nochmals mit dem Parkieren auseinandersetzen. Ich denke, es macht Sinn, dass wir dies heute auf dem direkten Weg durchführen. Was ist der Kontext vom Antrag von A. Amacher? Das sind die drei Parkieranlagen. Der Gemeinderat hat entschieden, dass er die drei Parkieranlagen mit einer Parkuhr bewirtschaften möchte. Warum hat er dies gemacht? Weil es Reklamationen gab. Es gab Leute, die diese Objekte gemietet haben und nicht parkieren konnten. Es gab Leute, die wollten zum Friedhof und konnten nicht parkieren. Darum hat der Gemeinderat entschieden, die Parkplätze mit einer Parkieruhr zu bewirtschaften. Im Antrag von A. Amacher spielen die anderen zwei Parkieranlagen keine Rolle. Hier geht es um die Friedhofparkieranlage. Warum? Weil die Friedhofparkieranlage bis anhin von den Kernzonenbewohnern dafür genutzt wurde, um zu parkieren, weil es in der Kernzone kaum Parkplätze auf den öffentlichen Strassen gibt. Der Antrag nach § 68 von A. Amacher strebt eine Verbesserung der Parkiersituation für die Kernzonenbewohner an. Der Gemeinderat unterstützt den Kerngehalt des Antrages. F. Bossel erläutert den Vorschlag des Gemeinderates. Die Situation ist noch etwas genauer zu betrachten, welche Parkplätze in die Parkierzone kommen sollen. Es sind die, die zum rechten Winkel zur Friedhofsmauer sind. Warum diese? Weil diese auf den ersten Blick dem Strassenraum zugeordnet werden. Im Gegensatz zu den Parkplätzen, die in der Parkieranlage liegen, die zur Strasse weiter unten liegen und so den Leuten klar ist, wo man parkieren kann.

Andreas Knörzer, Vizepräsident der Gemeindekommission: Es ist sinnvoll, dass man dies direkt mit einer Vorlage beantwortet. Wenn man bereits daran ist ein Reglement zu ändern und die Farbkübel auspackt, dann lohnt es sich, wenn man es gleich in einem Schritt erledigen kann. Wir waren auch der Meinung, dass der von A. Amacher gestellt Antrag mit der Vorlage im Kern dem entsprochen hat. Wir haben letztlich natürlich auch die Teilnehmerschaft und das Interesse bei den entsprechenden Umfragen und den Veranstaltungen gesehen. Wir empfinden, dass der Vorschlag des Gemeinderates dem Anliegen im Sinne eines Kompromisses entspricht und empfehlen ihnen (mit einer Enthaltung) den Antrag anzunehmen.

://: Eintreten wird nicht bestritten.

Arnold Amacher: Im Dorf ist es nicht ganz gleich. Ein ganz wesentlicher Unterschied besteht darin, dass bevor wir gefragt wurden, der Gemeinderat den Farbkübel ausgepackt hat. Das soll einmal als Überschrift für das Ganze gelten. In den Diskussionen mit dem Gemeinderat habe ich zu den Reklamationen auch einmal das Argument gehört, es gebe Studien Ingenieure aus dem Jahre 2005. Aufgrund dieser Studie, die man mir nie zeigen wollte, sei im 2010 von der Bauverwaltung dies mit Smilies visualisiert worden. Diese Smilies haben gezeigt, dass die Parkanlagen im Dorf dringendst freigeschaufelt werden müssen und man jetzt, sie haben den Vorschlag gesehen, einen Ausweichort vorschlägt. Zwei dieser Strassen sind Sackgassen mit einem Kehrlplatz. D. h. wenn ich dort hineinfahre und keinen Parkplatz finde, kehre ich hinten wieder um. Bin also vorher von Basel gekommen, wie die meisten die dort hinauffahren, bin an rund 45 leeren Parkplätzen (Zustand seit Mitte April) vorbei gefahren und fahre an den Baumgartenweg oder an die Karl Löliger-Strasse oder an die Lehengasse, um dort irgendwo das Auto zu parkieren. A. Amacher schildert die Vorsituation mit Hilfe von Folien. Ich muss noch vorausschicken, dass ich über vier Wochen im Ausland war, am Montagmorgen spät zurückkam, Gestern Nacht bis tief in die Nacht die Vorlage angeschaut habe und ihnen einfach sagen muss, dass es bei mir nicht so schlank durch geht. Das kann ich so nicht akzeptieren, wie es präsentiert wurde. Vor Jahren hatten wir beim Friedhof, ich sage jetzt einmal Süd (das sind die Parkplätze, die sie gesehen haben von der Hauptstrasse weg zur Friedhofsmauer oben) und Nord unten 53 weisse Parkplätze und einen gelben Parkplatz für Behinderte. Dieser ist sinnigerweise am untersten Ecken, auf dem untersten Parkplatz anstatt oben beim Eingang zum Friedhof. Das ist eine Nebenbedeutung, bei der die Gemeinde vielleicht auch einmal den Farbeimer auspacken könnte. Später wurden zu Recht, weil es wahrscheinlich Reklamationen gab, oben beim Eingang zum Friedhof acht der weissen Parkplätze blau, sodass man direkt vor das Tor fahren konnte. Finde ich absolut in Ordnung. Da hat kein Mensch irgendetwas gesagt. Ohne grössere Information (Mitte April 2014) waren plötzlich oben alle Parkplätze blau und man hat gesehen, dass unten bereits auch Bauarbeiten für das Aufstellen eines Taxameters durchgeführt wurden. Es sei zwar einmal im Amtsblatt gewesen, aber Entschuldigung ich lese nicht jede Woche das Amtsblatt. Der untere Parkplatz ist seither weitgehendst leer. Wer mir dies nicht glaubt, soll einfach einmal durchfahren, egal zu welcher Tageszeit. Ich habe etwa 49 Zählungen durchgeführt. Immer wenn ich zur Arbeit ging oder von der Arbeit kam (mit dem Velo oder dem Auto). Ich kann ihnen garantieren, so sieht die Situation in der Vorgeschichte aus. Damit wir hier

überhaupt weitermachen können, möchte ich den Gemeinderat bitten, drei Fragen zu beantworten. Vorher hat es keinen Sinn, dass ich weiter rede, weil sich dies vielleicht erübrigt. Ich zweifle schwer am nachgewiesenen Bedarf. Im Übrigen war nicht nur die Veranstaltung im Dorf, sondern es haben auch noch 50 Leute ziemlich schnell eine Petition unterschrieben, welche es hier jetzt sang- und klanglos gar nicht gibt. Diese ist aber an den Gemeinderat gegangen. Eigentlich warten die Pendenden noch auf eine Antwort (Klammerbemerkung). Als zweites möchte ich wissen, was in der Vorlage unter Kurzzeitparkieren verstanden wird. Wenn sie im Dorf oben sind, hat es vor der Zahnarztpraxis und vor dem Nierenzentrum, zu dem Leute hingehen, die eine sogenannte Blutwäsche machen, sechs Kurzzeitparkplätze. Wer auf diese Idee gekommen ist, ist mir schleierhaft. Dort dürfen sie 30 Minuten parkieren. Das reicht weder für den Zahnarzt noch um das Blut zu reinigen. Angeblich ist der Kanton an dieser Situation schuld, aber der Gemeinderat hat ja mit den Landräten einen direkten Draht zum Kanton. Wieso der Kanton dort Kurzzeitparkplätze macht, muss man mir einmal erklären. Die Gemeinde hat mir gesagt, diese seien für die Läden. Für welche Geschäfte im Dorf? Ein Ergebnisinstitut, eine Stempelfirma und ein paar Restaurants. Das ist alles, was uns geblieben ist. Als Drittes möchte ich gerne wissen, was eine Parkieranlage ist. Hier ebenfalls nicht erwähnt. Wir haben noch eine Parkieranlage Alti Gmeini. Dort geht es plötzlich mit einer Parkkarte. Der Gemeinderat bemüht in der Vorlage sogar noch das Gemeindegesetz. Diejenigen, die ein Mobiltelefon haben, sollen doch bitte das Gemeindegesetz vom 1. Januar 2014, § 70 googeln und schauen, ob das, was in der Vorlage steht, das ist, was im Gemeindegesetz steht. Es ist einfach nicht so. der Gemeinderat hat die Kompetenz Gebühren zu erlassen und Benutzungsregeln zu erlassen. Er kann sagen, ich darf nicht in der Badehose in die Alti Gmeini und wenn ich das will, bezahle ich Fr. 100.—. Das ist die Kompetenz vom Gemeinderat. Was wir mit dem Land machen, welches in dieser Gemeinde verfügbar ist, bestimmen wir und niemand anderes. Nun bitte ich darum, die drei Fragen zu beantworten. Im oberen Parkplatz ist die Besetzung im Durchschnitt ca. 10 von 24 Plätzen. Im unteren Parkplatz ist die Besetzung irgendwo bei null und zehn. Die Fr. 10'000.— hat der Gemeinderat für das Taxameter bewilligt. Diese werden sie nie einspielen. Ich weiss nicht, mit welcher Renditerechnung dies gemacht wurde. Ohne uns zu fragen, wohl verstanden.

Gemeinderat F. Bossel: Was mich erstaunt ist, dass wir bei der vorigen Vorlage für die gute Arbeit gelobt wurden, dass man die Leute fragt. Es ist nicht so, dass wir Dir (A. Amacher) nach den Ferien einen Brief mit der fertigen Vorlage geschickt haben. Wir haben uns auch mit Dir auseinander gesetzt. Wir haben E-Mails geschrieben und Sitzungen durchgeführt. Dies einfach vorneweg. Zu deinen Fragen. Die erste Frage habe ich beantwortet. Aufgrund von Reklamationen. Zur zweiten Frage was Kurzzeitparkierer ist. Das hast Du gesagt. Das sind Leute, die ihr Auto für 30 Minuten abstellen.

Stefan Friedli: So wie dies her A. Amacher dargelegt hat, hat man zuerst von den Parkplätzen entlang der Hauptstrasse geredet. Dort haben wir 30-minütige Kurzzeitparkplätze. Ansonsten ist eine Blaue Zone auf eine Stunde beschränkt. Dies kann man durchaus auch als Kurzzeitparkieren anschauen. Die Idee von Kurzzeitparkplätzen ist, dass sie nicht dauerhaft besetzt werden. D. h. also nicht einen ganzen Tag. Das was heute in dem Sinne relevant ist, ist wahrscheinlich weniger die Fragestellung, ob 30, 60 oder 45 Minuten, sondern die Fragestellung, ob ganztätig mit einer Parkkarte besetzt oder ob eben kurzzeitig besetzt und dementsprechend mit einem häufigen Wechsel unterworfen und somit auch häufig freibleibende Parkplätze geschaffen werden sollen. Das ist glaube ich das Kernthema.

Gemeinderat F. Bossel: Zur Frage drei. Was versteht ein Gemeinderat unter einer Parkieranlage. Eine Parkieranlage sind Parkplätze, die zu einer Anlage (Friedhof, Kuspo oder Au Fussballplatz) gehören.

Arnold Amacher: Eine Parkieranlage findet sich auch vis-à-vis von der Alti Gmeini, die man offensichtlich sehr wohl in eine Parkierzone einbeziehen kann. Nur so viel. Es gibt überhaupt keinen Grund und schon gar keinen gesetzlichen Grund. Wenn dies heute Abend weiterhin das Argument ist, werde ich den Kanton um Erklärung bitten, wie dies mit diesem § 70 ist. Wir können offensichtlich die Parkieranlage Alti Gmeini einbeziehen, Parkieranlage Friedhof nicht. Ich möchte ihnen heute Abend noch zwei Sachen sagen. Es hat tatsächlich eine Sitzung mit F. Bossel und S. Friedli stattgefunden. Diese war äusserst konstruktiv, nett und kooperativ. An dieser Sitzung hat man mir gesagt, man würde mir die Vorlage schicken. Ich habe beiden Herren ca. drei oder vier E-Mails geschrieben. Bis ich abgereist bin, ist nichts passiert. Nicht einmal eine Antwort oder irgendetwas oder was auch immer. Ich habe bewusst keine E-Mail angeschaut. Ich habe in den vier Wochen ganz andere Probleme gewälzt. Ich war per SMS und WhatsApp erreichbar. Dies hat völlig gereicht. Die beiden Herren haben die Nummer meines Mobiltelefons, wenn es wirklich ganz dringend gewesen wäre. Also so viel zum Kommunizieren. Wir hatten tatsächlich ein sehr

gutes Gespräch. Das möchte ich überhaupt nicht bestreiten. Das ist OK. Was man mir immer um die Ohren geschlagen hat, ist der § 70. Ich muss jetzt einfach sagen, in der Gemeindeversammlungsvorlage steht Nutzung und im Gesetz steht Benützungsvorschriften. Das sind zwei Paar Stiefel. Hier bestehe ich darauf. Ich habe mich auch bei einem Juristen rückversichert. Sonst lassen wir den Kanton das Problem klären. Sie haben gesehen, wir haben freie Parkplätze (im Schnitt 40 bis 45). Ich habe Zählungen durchgeführt. Ich kann ihnen noch schnell sagen, wie dies in etwa aussieht (47 Tage / 91 zufällige Zählungen). Das ist ein Zufallsprinzip. Ich gebe zu, ich komme halt zu gewissen Zeiten nach Hause und gehe zu gewissen Zeiten zur Arbeit. Zwischendrin gibt es vielleicht noch andere Tage. Oben ist die Besetzung meist unter 10 pro 24 Parkplätze. Unten vor dem 5. April 2014 bzw. bevor die Parkplätze eine Parkuhr bekommen haben, war es voll, als es oben blau wurde. Nachher waren im Schnitt 5 von 24 Parkplätzen besetzt. Die Frage zu den Kurzzeitparkierern ist mir wichtig. Wenn es blaue Zone ist, bin ich absolut einverstanden, aber dann hätte man schreiben können Blaue Zone. Beim Eingang vom Friedhof oben hatte es früher acht Parkplätze, die freigehalten wurden. Jetzt sollen es noch vier sein. Sprich, dort oben wird es jetzt einfach noch mehr dauerparkiert, weil man sich sagt, je näher beim Dorf desto besser. Wir sind alle ein bisschen bequem, da würde ich mich nicht einmal ausschliessen. Also wird man nun dort parkieren. Anstatt dass es nun acht Parkplätze hat für Friedhofbesucher, hat es noch vier. Schon alleine da möchte ich beantrage, dass dies geändert wird. Ich möchte auch beantragen, dass beim untern Parkplatz (Eingang zum Friedhof) platz ist, wo man unmittelbar parkieren kann. Diejenigen, die im Dorf parkieren wollen, weil sie eine Parkkarte haben, könne auch ein paar Schritte mehr laufen. Diejenigen, die zum Friedhof gehen, haben meist ein Alter, wo sie froh sind, nicht mehr zu viele Schritte laufen zu müssen. Also ich möchte ihnen heute Abend vorschlagen, die Vorlage in drei Beschlüsse umzuwandeln. Nun muss ich noch etwas sagen. F. Bossel hat richtig gesagt, dass wir die Verkehrssicherheit erhöhen wollen. Zu denjenigen, die die Lehengasse kennen, das ist genau das Problem, dass angesprochen wurde von den Velofahrern. Wir haben dann dort parkierte Fahrzeuge, unten 40 leere Parkplätze und an der Lehengasse parkierte Fahrzeuge. Kinder, die mit dem Velo durchfahren und die beiden Sackgassen bei denen man hinten kehrt, wenn man keinen Parkplatz findet. Ich weiss nicht, wer am Baumgartenweg und wer an der Karl Löliger-Strasse wohnt. Der soll sich hier bitte selber äussern, ob er dies so toll findet, wenn unten leere Parkplätze sind und man ihm vor der Haustür parkiert. Ich stelle folgende Anträge.

Antrag 1: Für die Parkierzone Friedhof Süd oben 16 Parkplätze davon acht Parkplätze für die Friedhofbesucher.

Antrag 2: Für die Parkplätze unten, die am Ostrand liegen auch eine Parkierzone und von dort auch wieder Parkplätze für Friedhofbesucher reserviert, dort wo jetzt der Taxameter steht. Bitte lassen sie es dort in der Taxameterzone, dann hat man dort die Hälfte.

Ich möchte noch etwas zur Besetzung und zur Not sagen. Ich war an der Konfirmation schauen. Es hatte sogar an der Konfirmation einen freien Parkplatz. Als die Leute von der Konfirmation weg waren, war die Hälfte der Parkplätze immer noch besetzt. Die akute Parkplatznot wurde mir nicht bewiesen, sondern man sagt pauschal Reklamationen. Die Studie, die zitiert wurde, konnte man nie anschauen und habe ich heute noch nicht gesehen. Darum möchte ich Sie bitten, dies so aufzuteilen.

Antrag 3: Lehengasse, können sie entscheiden, Karl Löliger-Strasse, Baumgartenweg, wenn man die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer (Fussgänger, Kinder, Velofahrer etc.) dazu einbezieht.

Es wäre wahrscheinlich besser, man würde zuerst die Parkplätze, die ausserhalb vom öffentlichen Raum sind, nämlich die, die sowieso bereits existieren, nehmen. Es hat dort noch einen ungenutzten Platz (wo frühere Reitschule vom Reitstall war) als Reserve, der zweimal im Jahr von der Gemeinde gemäht werden muss, anstatt dass sie dort Parkplätze hintun würden. Damit die Beschlüsse nicht in einzelne Interessen (Friedhofbesucher, Dorfbewohner, Baumgartenweg) auseinander dividiert werden, bitte ich um einzelne fakultative Referenden. Dann können alle darüber befinden, was dort oben passieren soll.

Willy Müller: Ich hätte auch etwas zu diesen Parkplätzen beim Friedhof zu sagen. Ihr wisst, dass ich diesen Antrag, dass man dort drüben etwas macht, auch einmal gestellt habe. Ich war seinerzeit schauen und habe die Leute befragt. Der Parkplatz war nur voll, weil die Leute von Bärschwil, Grellingen, Zwingen, Laufen, Aesch und Dornach dort parkiert haben, um dann mit dem Tram in die Stadt zu fahren. Wegen dem waren die Parkplätze voll. Wir Münchensteiner bezahlen dafür. Der Parkplatz muss geputzt und in Stand gehalten werden und die Auswärtigen

parkieren hier. Ich weiss nicht, ob A. Amacher das gesehen hat. Ich war drei-, viermal dort drüben. Vor Jahren habe ich hier drinnen wegen diesen Parkplätzen im Au und diesen hier gesagt, dass etwas passieren muss und man nicht einfach in unserer Gemeinde gratis parkieren darf. Jetzt frage ich A. Amacher, ob er das nie gesehen oder nie beobachtet hat. Es sind nicht Münchensteiner die dort parkieren.

Raffaello Masciadri: Ich möchte F. Bossel für die Durchführung der Informationsveranstaltung auch ganz herzlich danken. Es sind ihm da einige rollende Steine entgegengekommen. Wir danken aber auch A. Amacher, der sich hier als Grüner für ein Parkanliegen eingesetzt hat und dies heute nochmals bekräftigt hat. Seine Vorschläge sind durchaus sinnvoll und sollten weiterverfolgt werden. Jetzt ein paar generelle Pro- und Kontra-Überlegungen unsererseits. Es ist natürlich ärgerlich für eine ganz kleine Gruppe von Personen, wenn Verweise auf blau umgestrichen werden. D. h. sie müssen nachher etwas für das Parkieren bezahlen. Das ist aber eine sehr kleine Gruppe. Wir haben in diesem Dorf sehr viele Gebäude, die eine Tiefgarage haben und es wird weiter gebaut. Dazu noch ein wichtiger Hinweis, den der Gemeinderat vielleicht in Betracht ziehen könnte. Es wurde bei uns diskutiert, dass man in der Gemeinde Münchenstein im Dorfkern und in der Nähe auch neue Parkhäuser und Parkzonen schaffen könnte. Gewisse Finanzierungen wurden bereits im Voraus für das geleistet die der Ex-Gemeinderat Walter Bangga, wenn er hier wäre, vielleicht noch genauer erläutern könnte. Jetzt gibt es für die ganze Aktion auch Pro-Stimmen. Wenn wir die Blaue Zone ausdehnen, können diejenigen, die eine Anwohnerparkkarte haben, in einer grösseren Fläche für längere Zeit parkieren. D. h. man begünstigt die Anwohner gegenüber den Pendlern. Das ist sicher einmal ein positives Votum. Ein weiterer Punkt, den wir von den Freisinnigen natürlich unterstreichen, ist, dass es jetzt auch einmal ein Moment ist, nicht nur an sich selber (etwas zahlen zu müssen) zu denken, sondern auch an die Gemeinschaft (Gemeinsinn entwickeln). Wenn wir die Parkzone ausdehnen wie überall anders auch, sinkt der Druck auf die Zone Dorf und zusätzlich die Anwohner geschont werden können, weil die Leute nicht immer zirkulieren, Lärm und Gestank verursachen. Für die Einwohner selbst, die jetzt noch keinen Parkplatz haben, kann dies zu einem beachtlichen Stressabbau führen. Sie müssen nämlich nicht daran denken, wenn sie abends spät nach Hause kommen, ob sie einen Parkplatz finden. Es wird eine Bevorteilung der Anwohner gegenüber der Pendler geben.

Dieter Rehmann: Grundsätzlich befürwortet die SP die Argumentation des Gemeinderates. Ich denke, wir kommen hier langsam wieder an die Grenze einer Gemeindeversammlung. Diese wird uns jetzt hier mit Anträgen und Gegenanträgen aufgezeigt. Ich möchte darum bitten, dass man den Antrag vom Gemeinderat, wie er jetzt hier steht, unterstützen. Ich denke, dieser kommt dem Anliegen von den Bewohnern des Dorfs am Nächsten, dass sie nachher nicht gross umherfahren müssen, um einen Parkplatz zu finden. Auf der anderen Seite wird der Parkplatz beim Friedhof weiterhin bewirtschaftet und steht den Leuten zur Verfügung, die etwas dafür bezahlen und nicht wie vorher gesagt wurde, das Auto dort parkieren und dann mit dem Tram oder dem Zug fahren.

Arnold Amacher: Also wenn hier versteckt argumentiert wird, es gehe um das Geld, muss ich ihnen einfach sagen, dass die Fr. 30.— zu billig sind. Der Parkraum ist zu billig, das wurde heute Abend bereits gesagt. Ich finde es auch für mich im Dorf oben zu billig. Ich habe den Preis nicht festgelegt. Dann zahle ich halt Fr. 30.—, wenn es dann einen gibt. Die Leute und Hausbesitzer im Dorf haben die Verpflichtung, wenn sie keinen eigenen Parkplatz nachweisen können, je nach Wohnfläche so und so viel Geld zu bezahlen. Ich möchte wissen, wo dieses Geld steckt. Zum Beispiel ist das Geld irgendwo auf der Gemeinde „verlocht“, in die allgemeine Gemeindekasse geflossen. Hat man mir gesagt. Das Geld ist keine Garantie für einen Parkplatz. Das ist allen klar. Das Geld ist aber auch eigentlich dazu gedacht, solche Sachen zu finanzieren, ob dies nun die blaue Farbe, die gelbe Farbe oder das Taxameter ist. Jedenfalls ist das Geld dafür gedacht. Also bezahlt wird bereits und die Parkplätze sind zu billig. Dass Auswärtige dort parkieren, wissen wir alle. Sie können nur die Autokennzeichen anschauen, das geht von Polen über Ungarn nach Solothurn. Ein Argument kann ich nicht schlucken, wenn es immer heisst, die fahren vom Berg oben. Ich bin weiss Gott kein Befürworter, wenn man vom Berg zum Friedhof hinunter fährt, das habe ich das letzte Mal schon gesagt. Aber es ist wenigstens noch eine halbwegs gescheite Lösung, mit seinem Auto, aus welchen Gründen auch immer, zum Friedhof fährt, auf das Tram geht, um in die Stadt zu fahren und wieder zurückfährt und mit dem Auto wieder hinauf. Die im Berg angesiedelten bezahlen einen Haufen Steuern, was ich auch schon dazumal gesagt habe. Ob dies ökologisch ist oder nicht sei dahingestellt, aber wahrscheinlich ist es wesentlich ökologischer als ins Storchenparking zu fahren und im Zentrum seine Einkäufe zu tätigen. Ich möchte diesem Tourismus wirklich nicht das Wort reden, aber auch diese würden dann bezahlen. Fr. 30.— sind zu wenig.

Gemeinderat F. Bossel: Arnold, jetzt hast Du ganz viel gesagt. Einfach etwas finde ich, geht nicht. Nämlich, dass Du uns unterstellst, wir hätten das Geld der Parkplatzersatzabgabe irgendwo versteckt. Das finde ich ganz schwierig, muss ich sagen. Zudem haben wir dir den Sachverhalt am 16. Juni 2014 per E-Mail erklärt.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Es scheint mir sehr unglücklich, wie die Kommunikation war. Es tut mir leid, wenn Du (A. Amacher) in den Ferien nur SMS und WhatsApp benutzt. Das normale Kommunikationsmittel über die Gemeinde ist das E-Mail.

Arnold Amacher: Es reicht jetzt, seit der Sitzung am 7. Juli 2014 habe ich von F. Bossel und von S. Friedli kein einziges E-Mail bekommen, Punkt, Schluss, Aus.

Sergio Viva: Um das Ganze etwas abzuschwächen und wieder etwas zurückzufahren, würde ich vorschlagen, weil der Arnold sicher nicht mit dem Anliegen alleine hier steht, dass man den Antrag vom Gemeinderat praktisch zurückziehen würde. Das ist mein Antrag, dass man diesen zurückziehen würde. Dann könnte man sich noch einmal mit den Bewohnern und den Leuten, die dort oben wohnen, auseinandersetzt und noch einmal eine neue Lösung suchen und bei der nächsten Gemeindeversammlung dies nochmals vorlegen. Das ist, im Namen der Grünen natürlich, mein Antrag.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Ist dein Antrag im Namen der Grünen aber als Sergio Viva ein Antrag auf Rückweisung an den Gemeinderat, den du stellst?

Sergio Viva: Das ist mein Antrag.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Das ist ein Antrag nach § 65 Gemeindegesetz. Das ist ein Ordnungsantrag über den direkt abgestimmt wird. Es gibt eine Rückweisung an den Gemeinderat. Es wird zurückgewiesen, es wird nicht darüber debattiert und es wird nochmals vorgelegt. Ist das Dein Antrag?

Sergio Viva: Das ist mein Antrag

Gemeindepräsident G. Lüthi: Das ist ein Ordnungsantrag meine Damen und Herren und darüber müssen wir abstimmen.

://: Der Antrag gemäss § 68 Gemeindegesetz von Arnold Amacher betreffend Schaffung einer Parkierzone Dorf wird mit 97 zu 72 Stimmen an den Gemeinderat zurückgewiesen.

(Dieser Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.)

## **Traktandum 6**

### **Verschiedenes**

#### **Präsentation des Gemeinderats über das Projekt „Geografisches Informationssystem Münchenstein (GIS)“**

Gemeindepräsident G. Lüthi erläutert das Projekt „Geografisches Informationssystem Münchenstein (GIS)“ mittels PowerPoint-Präsentation. Im März 2011 haben sie der Sondervorlage „Erarbeiten eines Geografischen Informationssystems“ zugestimmt. Warum? Ich habe ihnen damals gesagt, dass rund 80 % aller Entscheidungen einen räumlichen Bezug (Zonenplan, Bauzonen, Informationen von Grünflächen, Informationen zum Steuerfuss etc.) haben. Damals haben wir ein sogenanntes GIS beantragt, weil man mit einem solchen System alle Informationen, die irgendwo in einer Datenbank vorhanden sind, miteinander vernetzen, analysieren und damit einen sofortigen Zugriff auf die Daten ermöglichen kann. Es gibt jetzt bereits überall Informationen. Diese verknüpft man geschickt miteinander. Man stellt auch zuerst sicher, dass alle Informationen die richtige Datenform haben und macht mit Hilfe einer Drehscheibe ein GIS daraus, aus welchem sie (Bevölkerung, Verwaltung, externe aus der Wirtschaft) Informationen abrufen können. Dies war der Antrag im März 2011. Münchenstein ist nun soweit, dass wir das GIS offiziell starten können. Wie kommen sie auf das System? Wenn sie die Homepage ([www.muenchenstein.ch](http://www.muenchenstein.ch)) besuchen, finden sie auf der linken Seite einen Bereich, der „GIS Münchenstein“ heisst. Ebenfalls können sie über [www.gisgemeinde.ch](http://www.gisgemeinde.ch) (Münchenstein auswählen) auf das System zugreifen. Es gibt mehrere Gemeinden, die denselben Hersteller für das GIS beauftragt haben. G. Lüthi erklärt die Möglichkeiten (Amtliche Vermessung, Raumplanung, Angaben zur Infrastruktur, Baugesuche, Basisdaten etc.) und Funktionen (Zoomen, Suchen, Messen, Drucken), die das GIS anbietet. Je nach Berechtigung

kann mehr oder weniger Information abgefragt werden. Fragen und Anregungen nehmen wir gerne auf. Es gibt eine Anleitung im GIS (GIS Münchenstein / Menü / Hilfe / Anleitung), wie sie vorgehen können. Es wird eine Datenbank aufgebaut, die „Questions and Answers“ heissen wird. Dort sind dann Dokument mit den häufigsten Fragen und den dazugehörigen Antworten enthalten. Auskunft erhalten sie über [bauverwaltung@muenchenstein.ch](mailto:bauverwaltung@muenchenstein.ch) oder sie können der Bauverwaltung selbstverständlich auch anrufen. Das GIS hat einen enormen Vorteil für alle (Einwohner/innen, Architekten etc.), weil man heut zu Tage wesentlich schneller Auskunft geben kann, da immer das aktuelle Dokument zur Verfügung steht.

://: Von der Information des Gemeinderats über das Projekt „Geografisches Informationssystem Münchenstein (GIS)“ wird Kenntnis genommen.

### **Antrag gemäss § 68 GemG von Christian Vogel betreffend Einstellung Betrieb der Schiessanlage Au**

Gemeindepräsident G. Lüthi informiert über den eingereichten Antrag und liest ihn vor.

„Der Gemeinderat wird beauftragt mit einer anderen Gemeinde einen Vertrag über den Einkauf in eine Schiessanlage, die gemäss Art. 133 Militärgesetz für die ausserdienstlichen militärischen Schiessübungen sowie die entsprechende Tätigkeit der Schiessvereine benötigt wird zu erarbeiten und der Gemeindeversammlung zur Genehmigung zu unterbreiten. Anschliessend ist der 300m-Schiessbetrieb auf der Schiessanlage Au einzustellen!“

Gemeindepräsident G. Lüthi: Der Gemeinderat nimmt den Antrag entgegen. Eine Erheblichkeitserklärung sowie eine Vorlage werden ausgearbeitet werden. Sie können sich vielleicht fragen, ob dies tatsächlich ein 68er ist. Die Schiessanlage Au wäre eigentlich in der Kompetenz des Gemeinderates. Aber weil dies entsprechende Kosten auslösen wird, die garantiert höher als Fr. 200'000.— wiederkehrend sein werden, ist dies ein Beschluss, den sie fassen müssen. Also wird dieser 68er ihnen zur Beschlussfassung vorgelegt.

### **1. Augustfeier**

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission: Ich habe jetzt lange gehadert, ob ich etwas sagen soll oder nicht. Man hat hier drinnen darüber gesprochen, was man füreinander macht und dass man füreinander einstehen soll. Da habe ich gedacht, doch ich muss trotzdem etwas sagen. Es ist ca. 1½ Monate her, dass eine kleine Gruppe mit Hilfe von vielen Sponsoren und mit Hilfe vom Gemeinderat (Arbeitsstunden gespendet durch Werkhof Mitarbeitende) eine 1. Augustfeier organisiert hat. Diese kleine Gruppe (Stefan Haydn, Raffaello Masciadri, Adil Koller, David Meier, Miriam Locher und ich) hat mehrere Tage geschuftet, damit Münchenstein eine 1. Augustfeier hat. Das Fest bzw. die 1. Augustfeier war grossartig und toll. Ich möchte auf diesem Wege all den Leuten ganz herzlich danken, die dazu beigetragen habe.

### **Gemeindetageskarte**

Isabelle Viva: Wir haben heute Abend viel über den Bus und über den Parkraum geredet. Es gibt noch etwas anderes im öffentlichen Verkehr und zwar den Zug. Wir haben in Münchenstein keine Gemeindetageskarte. Ich bin der Meinung, dass man über die Gemeindetageskarte hier drinnen schon einmal diskutiert hat und dass der Gemeinderat gesagt hat, die Gemeindetageskarten verursachen der Gemeinde zu viel Aufwand. Wenn wir jemanden finden würden, der dies verwalten und verkaufen würde, dann wäre die Gemeinde bereit, über dies zu diskutieren. Ich habe nun etwas nachgeforscht. Wenn wir eine Gemeindetageskarte anschaffen würde, würde dies der Gemeinde Fr. 13'300.— kosten. Ich bin der Meinung, man müsste zwei anschaffen. Eine ist etwas wenig. Wenn wir diese für Fr. 45.— verkaufen würden, würde man für eine pro Jahr Fr. 16'425.— einnehmen. Dies bedeutet, für eine würde man Fr. 3'125.— übrig haben, wenn man alle verkaufen würde. Natürlich verkauft man nie alle. Es fallen auch noch Kosten an für das Internetreservierungssystem und vielleicht für denjenigen, der es verkauft. Münchenstein ist eine Energiestadt und ein gutes Pflaster sagen wir, da braucht es zwei Tageskarten. Ich habe mir überlege, wer für die Verwaltung der Gemeindetageskarte geeignet wäre, wenn die Gemeinde es nicht übernehmen möchte. Ich habe dann den Blumenlagen in der Zollweiden, der neu die Postfiliale betreibt, angefragt. Man hat sich über die Anfrage gefreut und würde den Verkauf sehr gerne übernehmen. Man ist sehr gerne bereit, mit dem Gemeinderat über die Gemeindetageskarte zu diskutieren. Ich hoffe, dass auch Münchenstein in Zukunft zwei Gemeindetageskarten anbieten kann.

Gemeindepräsident G. Lüthi schliesst die Versammlung, dankt den Anwesenden und weist darauf hin, dass im Foyer, wie immer, ein Apéro gegen einen kleinen Unkostenbeitrag bereit steht.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

Giorgio Lüthi

Monique Gehriger